

16. Sitzung

des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau am 19. Jänner 2017

Anwesend:

Bürgermeister:	Laab Helmut	SPÖ
Vizebürgermeisterin:	Hermanek Susanne	SPÖ
Stadträte-SPÖ:	Eisler Elfriede, Holzer Othmar	
Stadträte-ÖVP:	OSR Kronberger Karl, Dr. Moser Christian, Mag. (FH) Völkl Andrea	
Stadtrat-FPÖ:	Kube Erwin	
Gemeinderäte-SPÖ:	Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte, Frithum Gabriele, Gübler Gerda, Hellwein Christian, Ibraimi Setki, Minibeck Manfred, Pollak Daniel, Preyss Michael, Mag. Riedler Corinna (ab 18:41 Uhr), Ruzicka Jürgen	
Gemeinderäte-ÖVP:	Dkkfm. Bartosch Johannes, Dummer Gerhard, Mag. Falb Martin, Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor, KR Hopfeld Peter, Kopf Eleonore, Mag. Trabauer Manuela, Weiss Margit	
Gemeinderäte-FPÖ:	Inführ Reinhard, Mayer Wolfgang, Wiesner Karin	
Gemeinderäte-GRÜNE:	Mag. Kamath-Petters Radha, DI Pfeiler Dietmar, Mag. Straka Andreas	
Gemeinderat-NEOS:	Dr. Fischer Martin	

Entschuldigt:

StR Ryba Günter (SPÖ)
GR Mag. Riedler Corinna (bis 18:41 Uhr) (SPÖ)

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

Ort: Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 20:50 Uhr

Tagesordnung:

- I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- II. Genehmigung des Protokolls vom 14.12.2016**
- III. Verkehrskonzept Stockerau**

I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Laab eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

Gemäß § 46 Abs. 3 gibt Bürgermeister Laab bekannt, dass die **GRÜNEN 2 Dringlichkeitsanträge** eingebracht haben.

1.) Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN – Nachhaltige Planungsmaßnahmen, unter Einbindung der Beteiligten, für den Umbau der Volksschulen in Stockerau

Gemeinderätin Kamath-Petters:

1. Seit mehreren Jahren ist bekannt, dass die Bevölkerungszahl in Stockerau stetig steigt. Der Bevölkerungszugang wurde auch aktiv durch die Gemeinde unterstützt. Statt strukturelle Maßnahmen im Vorfeld finanziell, sozial und ökologisch nachhaltig zu überprüfen und zu planen, wurden sie aber oft erst im Nachhinein getätigt. Konkret mussten dieses Schuljahr 2016/2017 kurzfristig in beiden Volksschulen zusätzliche Klassen implementiert werden, obwohl die Gebäude ursprünglich für weniger Klassenräume errichtet wurden. Die aktuelle Klassensituation geht auf Kosten der Kinder und LehrerInnen, da gemeinschaftlich genutzte Räumlichkeiten (z.B. Musik- oder Werkraum) zusätzlichen Stammklassen weichen mussten.
2. Seit Herbst 2016 steht nun außerdem fest, dass das Angebot an ganztägiger Schulform bald auch in Stockerau gesetzlich vorgeschrieben ist. Mit dem Bildungsinvestitionsgesetz des Bundes startet dieses Jahr die Ausbauoffensive für ganztägige Schulformen. Es ist gesetzlich vorgesehen, dass bis 2025 ein flächendeckendes Angebot an schulischer Tagesbetreuung zur Verfügung stehen wird.

Die Dringlichkeit ist dadurch gegeben, da es wichtig ist, zukünftige Entwicklungen unter Einbindung aller Beteiligten nachhaltig zu planen und umzusetzen. Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, haben bereits eine Architekturausschreibung geplant, die pädagogischen Konzepte der Volksschulen wurden dabei bisher nicht berücksichtigt. Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen (§ 86 Abs. 1-5 NÖ Pflichtschulgesetz) ist es wichtig, dass die Planungen des Umbaus gemeinsam mit den Schulen vorgenommen werden. Es ist äußerste Priorität, ArchitektInnen nach den Kriterien auszusuchen, ob ihre Arbeit den pädagogischen Konzepten, Lehrplänen und Anforderungen der Schulen entspricht.

Aus diesen Gründen beantrage ich, der Gemeinderat wolle beschließen:

- ArchitektInnenwettbewerb auf Basis der pädagogischen Konzepte der Volksschule West und der Volksschule Wondrak Stockerau
- Zeitgerechte Erhebung des Bedarfs an verschränkter oder getrennter Schulform
- Feststellung der Bundes- bzw. Landesfördermittel für die Planung und Erstellung eines nachhaltigen Investitionsplanes
- Regelmäßige Treffen zwischen Volksschulen, ArchitektInnen und Gemeinde während der Planungs- und Umsetzungsphase der Umbautätigkeiten
- Regelmäßige Berichte im Schul- Bau- und Finanzausschuss und an den Gemeinderat

Ich ersuche um Zustimmung.

Abstimmung über Dringlichkeit:

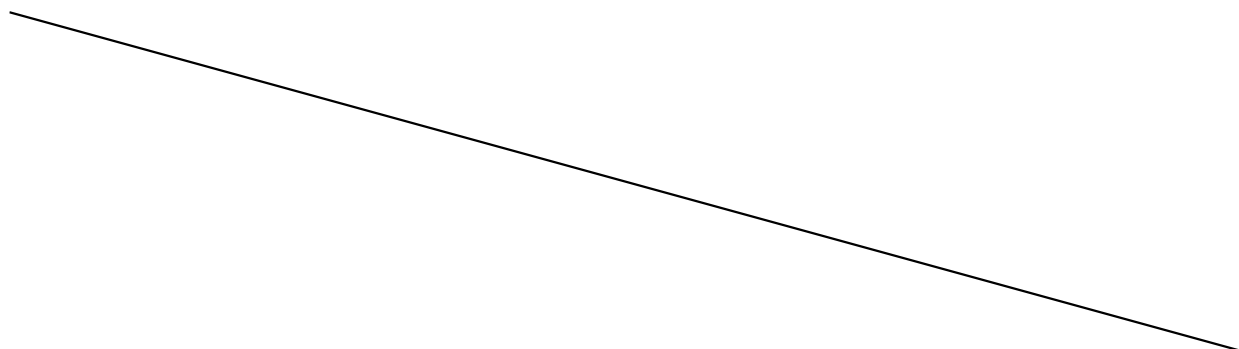
Beschluss:

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit gegeben und der Antrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.



2.) Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN – Bausperre gem. § 35 NÖ ROG für das Zentrumsgebiet von Stockerau

Gemeinderat Pfeiler: Derzeit befindet sich eine Änderung der Bebauungsvorschriften für das Zentrumsgebiet von Stockerau in öffentlicher Auflage. Mit dieser Änderung sollen Mindeststandards für die Freihaltung von Freiflächen im dicht bebauten Gebiet erhalten oder gesichert werden. Dem Vernehmen nach befinden sich im Zentrumsgebiet von Stockerau einige Bauvorhaben in Vorbereitung, einige Abbruchbescheide sind in Ausstellung begriffen.

Begründung der Dringlichkeit: Es besteht die Gefahr, dass wesentliche und flächenumfassende Bauvorhaben im Stadtzentrum noch vor Inkrafttreten der neuen Bebauungsvorschriften genehmigt werden, bevor die neuen Bebauungsvorschriften in Kraft treten und damit die Ziele der Änderung der Bebauungsvorschriften unterlaufen werden. Für diese Projekte würden die neuen Bebauungsvorschriften zu spät kommen und unwirksam bleiben. Gem. § 35 (1) sollte Zur Sicherung der Ziele der beabsichtigten Änderung des Bebauungsplanes für dieses Gebiet eine Bausperre verordnet werden.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Verordnung betreffend Verhängung einer Bausperre für das Zentrumsgebiet von Stockerau gem. §35 NÖ-ROG

Zur Sicherung der Ziele der beabsichtigten Änderung des Bebauungsplanes wird für das Zentrumsgebiet von Stockerau eine Bausperre gem. §35 (1) NÖ-ROG verhängt. Die Bausperre soll mit Erlangung der Gültigkeit der neuen Bebauungsbestimmungen sofort und unverzüglich wieder aufgehoben werden. Damit die Bausperre im Interesse der Stadtentwicklung nur von möglichst kurzer Dauer ist, soll die Beschlussfassung und Inkraftsetzung der neuen Bebauungsbestimmungen von Seiten des Bauamtes vorangetrieben werden.

Ich ersuche um Zustimmung.

Abstimmung über Dringlichkeit:

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	1 (Kube)
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	3
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Damit ist die Dringlichkeit gegeben und der Antrag wird am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt.

II. Genehmigung des Protokolls vom 14.12.2016

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

Beschluss: **einstimmig beschlossen**

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	15
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Gemeinderätin Riedler nimmt an der Sitzung teil (18:41 Uhr).

III. Verkehrskonzept Stockerau

Stadtrat Moser: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Zuhörer.

Das Verkehrskonzept wurde im September 2015, vor ungefähr eineinhalb Jahren fertiggestellt. Die Erstellung wurde mit nicht unbeträchtlichen Mitteln vom Gemeinderat beschlossen. Wir waren etwas überrascht, etwas irritiert, dass in diesen eineinhalb Jahren der Gemeinderat nicht die Gelegenheit hatte, dieses Konzept zu besprechen, vorgestellt zu bekommen, Fragen zu stellen. Anstatt dessen hat es im Herbst des letzten Jahres eine Artikelserie in der NÖN gegeben, wo einzelne Projekte daraus mit mehr oder weniger konkreten Umsetzungsankündigungen vorgestellt wurden. Daher haben wir diese Sitzung beantragt, um eben auch dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, hier über das Verkehrskonzept zu beraten, auch, weil durchaus zahlreiche dringliche Verkehrsprobleme erst in jüngster Zeit aufgepoppt sind. Wir haben dazu einige Anträge und Fragen vorbereitet und ich darf meinen Kollegen Martin Falb bitten, den ersten Antrag und eine allgemeine Einleitung zu bringen.

Gemeinderat Falb: Meine Damen und Herren, die Situation ist ein bisserl bezeichnend. Wir versuchen auch z.B. seit Jahren eine erträgliche Sitzungskonfiguration hier herzustellen in dieser Stadt, wo der Bürger sich hinsetzen kann. Wo nicht nur Tascherln stehen können auf leeren Sesseln, da steht überhaupt ein leerer Sitz – eine barocke Thronkonfiguration

Bürgermeister Laab: Herr Gemeinderat Falb, bitte zur Tagesordnung.

Gemeinderat Falb: Ich würde bitten, dass man Seseln herein tut und ich würde auch bitten, dass man unseren Wunsch ernst nimmt im Sinne der Demokratie und der Bürger dieser Stadt, hier im Gemeinderat eine Teilnahme, ein Zuhören zu ermöglichen, nicht indem man in einer zugigen Tür stehen muss. Ich glaube das ist, wie es einmal war, wie es noch einen Kaiser gegeben hat. Danke.

Applaus der Zuhörer.

Beim Verkehr geht es nicht nur um die Mobilität, um die Fortbewegung der Leute. Worum es auch geht, sind massive Gesundheitsthemen. Mit denen will ich irgendwie anfangen, weil es in den letzten Tagen ohnehin auch Berichte gegeben hat in österreichischen und internationalen Medien zum Beispiel über den Zusammenhang von Verkehrsbelastung und Demenzerkrankungen, neue Forschungserkenntnisse. Schon lange wissen wir wie schädlich der Lärm ist in der Stadt und wir wissen auch, dass der Süden von Stockerau in zahlreichen Gebieten, auch was die Lärmbelastung betrifft, über den Grenzwerten liegt. Lärm ist schädlich, Lärm macht krank – das wissen wir.

In Stockerau sind über die Jahrzehnte – und da ist Ihnen Herr Bürgermeister ja auch zum Teil gar keine Schuld zu geben, überhaupt keine Frage – sind wirklich massive raumordnerische und verkehrspolitische Fehlentscheidungen getroffen worden. An verschiedenen Ecken und Enden der Stadt ist das sichtbar und das ist auch irreversibel zu einem sehr, sehr großen Teil bzw. wäre bestimmte Dinge nur unter einem enormen finanziellen Aufwand zu revidieren. Auch in jüngster Zeit passieren solche Dinge. Wenn ich von draußen hereinfahre von der Autobahn Ost, wenn ich nach Hause komme von der Arbeit und sehe rechts den neuen Hofer. Da denke ich mir oft, wäre das nicht eigentlich ein neuralgischer Punkt, wenn es einmal an

die Errichtung einer Ostspange geht, wäre das nicht ein neuralgischer Punkt gewesen, wo man sich hätte überlegen müssen, ob man da einen neuen Supermarkt hinbaut.

Dann ist die Diskussion begonnen worden um Umwidmungen im Bereich Ernstbrunnerstraße/Nikolaus Heidstraße. Hab ich mir auch gedacht, wie ich das gehört habe von Leuten, die dort wohnen, ist das nicht ein Punkt, wo vielleicht mittelfristig z.B. ein Kreisverkehr hinkommt. Wenn man denken sollte an die Lösung von Verkehrsproblemen Heidstraße zum Beispiel, muss man das wirklich so verbauen? Also man ist da auch nicht sicher in der Stadt, dass nicht Entscheidungen getroffen werden, raumplanerische Umwidmungsentscheidungen, die langfristige Bewältigung der Verkehrsflut ganz einfach massiv erschweren.

Wir haben 2002 ein Verkehrskonzept hier in Stockerau gemacht, bezahlt, angekauft. Von diesem Verkehrskonzept ist jedenfalls nach meinem Wissensstand – ich lassen mich da aber gern eines Besseren belehren – de facto nix umgesetzt worden. Der Kreisverkehr glaube ich in der Wolfikstraße, ist das einzige, was mir da sehr schnell einfällt, ansonsten ist dieses Verkehrskonzept um Steuermittel gekauft worden, schubladisiert.

2009 hat es Untersuchungen gegeben hinsichtlich der Umfahrungssituation von Stockerau. Nun kann man da sehr gut streiten über all diese Dinge und Details, Tatsache ist, es ist damals in dieser Voruntersuchung gesagt worden, man möge zumindest die Themen, wie das Thema Ostspange einmal angehen. Da hat es auch Gespräche mit dem Land gegeben, da ist zum Beispiel auch gesagt worden, ja, wir machen eine Ostspange, im Gegenzug übernehmt ihr die Ernstbrunnerstraße seitens der Stadt. Ist irgendwo schlüssig. Man war sehr verwundert eigentlich, auch auf Landesseite, soweit ich mitbekommen habe, dass die Stadt, der Bürgermeister nie diesem Thema näher getreten ist. Es ist nicht passiert, es ist nichts realisiert worden.

2013 bis 2015 gibt's dann bei uns den Prozess der Stadterneuerung. Haben wir angeleiert, das Land hat auch hier unterstützt, die Gemeinde war dabei und vor allem viele Bürger haben sich eingebracht, einige Bürger. Da hat es zahlreiche Vorschläge zum Thema Verkehr gegeben, aus diesem Stadterneuerungsprozess hinaus – tolle Vorschläge – auch vieles zu diskutieren und das eine oder andere wo man sagen kann, muss man nicht machen. Aber was hier passiert ist in Stockerau, ist nichts.

Dann kommt das Jahr 2014. Man kommt drauf in Stockerau, halt nächstes Jahr sind Gemeinderatswahlen. Das Thema „Verkehr“ ist eines der beiden Themen, das in Stockerau die Bürger am Schuh drückt. Verkehr – Innenstadt. Also jeder, der sich ein bisschen herumhört oder umfragen geht, weiß, dass sind die zwei Themen, die die Stockerauerinnen und Stockerauer am meisten berühren. Und dann ist man auf die Idee gekommen, wir machen ein neues Verkehrskonzept. Wir haben damals darauf verwiesen, dass es eines gibt in der Schublade, haben uns eher dagegen ausgesprochen, um weitere € 100.000,--, die haben wir, glaube ich, dann auch noch fremdfinanzieren müssen, langfristig, weil nicht einmal dazu war das Geld da, um weitere € 100.000,-- ein weiteres Verkehrskonzept zu machen. Ist in Ordnung, ist passiert, die Firma Rosinak – Experten, auch unter Beteiligung der Bürger, alles anzuerkennen, gut gemacht, hat uns also im 15er Jahr einen Entwurf für ein Verkehrskonzept geliefert. Ist anzuerkennen. Jetzt habe ich mir gedacht, jetzt kommt dieses Verkehrskonzept – da kommen wir jetzt in die Gänge. Was ist dann? Eineinhalb Jahr wieder nichts.

Wir haben, nicht nur wir, auch die anderen Oppositionskollegen haben immer wieder nachgefragt, was ist, das gehört diskutiert, das gehört im Gemeinderat besprochen, das gehört beschlossen, es gehört dann auch begonnen, an die Umsetzung zu denken, sonst verschimmelt das ja wie das vorherige Verkehrskonzept genauso in der Schublade. Und dann plötzlich im November beginnt eine Artikelserie in der NÖN, wo uns mitgeteilt wird, im Wochenabstand, was da alles jetzt herausgenommen wird und umgesetzt wird, zum Teil heuer, zusammen-

hanglos muss ich auch dazu sagen. Wir haben die Priorisierung hier auch nicht verstanden und deswegen muss ich ehrlich sagen, haben wir uns zusammengesetzt und haben gesagt, nein wir berufen eine eigene Sitzung des Gemeinderates ein, weil wir haben wollen, dass das Verkehrskonzept endlich diskutiert wird, so wie es sich gehört, im Ausschuss, das gehört priorisiert, da gehören Projekte daraus gemacht, da gehört ein Umsetzungsplan gemacht, ein Zeitplan, dann muss man sich überlegen, wie man die Finanzierung macht, es gehören die Bürger auch in der einen oder anderen Form einbezogen in diesen Prozess und abschließend gehört es hier im Gemeinderat beschlossen, zum Beschluss erhoben und dann auch an die Umsetzung gegangen. Ein Verkehrskonzept, das wir um € 100.000,--machen, ist keine Unterlage, aus der irgendjemand und sei es der Bürgermeister in der Stadtgemeinde sich Dinge herauspicken kann und sagen nach Gutdünken, jetzt machen wir das oder jetzt machen wir das, so ist es nicht. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht daran, auch beteiligt zu werden, auch alle politischen Kräfte in der Stadt.

Es gibt noch eine Reihe anderer Themen. Ich möchte nur ganz kurz antönen – dreispuriger Ausbau der A22. Was ist da? Beginnt angeblich 2019. Gibt es da Zusammenhänge mit dem Verkehrskonzept usw. Hätte uns alles interessiert. Wie ist da die Entwicklung gerade in Bezug auf Feinstaub, Lärm usw., wie wirken sich die Dinge aus. Das ist, glaube ich, auch etwas, was einmal besprochen gehört.

Umwidmungsthemen. Eines habe ich schon angesprochen – das ist unten - Ecke Heidstraße/Ernstbrunner Straße. Nächstes großes Umwidmungsthema - Johann-Strauß-Promenade bzw. im Anschluss im Norden der Stadt. Das ist ein Stadterweiterungsgebiet, überhaupt keine Frage, aber wir haben von Haus aus gesagt, da gehört gleichzeitig, wenn man das angeht, eine Verkehrslösung mitentwickelt, mitkommuniziert. Weil es kann nicht so sein, dass, wie jedenfalls jetzt der Wissensstand ist, das ganze mehr oder weniger, der ganze Zu- und Abfluss des Verkehrs durch dieses „Waldl“ am Eck, angrenzend an die Strauß-Promenade geht und herunter hineinknallt Ecke Hadyn-Gasse/Strauß-Promenade. So kann es nicht sein, das ist keine Verkehrslösung und dann braucht man sich auch meiner Meinung nach nicht wundern, wenn die Leute aufstehen und sagen, nein das wollen wir nicht, das lassen wir uns nicht gefallen.

Bürgerbeteiligung – eines der Themen. Der Bürger bekommt im Rathaus keinen Sessel, das ist Problem 1, aber der Bürger wird in so Dinge halt nicht einbezogen in Stockerau und wundern wir uns daher nicht. Und erst wenn man Druck macht, dann beginnen sich Dinge zu bewegen. Wir tun am 4. diese Sondersitzung einberufen und dann beginnt's. Dann wird ein Brief geschrieben, auch Belvederegasse, da beginnen sich Dinge zu bewegen. Da wird eine Bürgerversammlung für kommenden Montag einberufen zur Strauß-Promenade, aber das ist keine Vorgangsweise. So hat man in den 60er Jahren regiert und Politik gemacht, in die moderne Zeit passt das nicht mehr.

Ich darf daher einen Antrag einbringen, den am Ende des Tagesordnungspunktes dann zur Abstimmung zu bringen – namens meiner Fraktion, aber auch – es ist ein gemeinsamer Antrag mit den GRÜNEN und auch mit dem Kollegen der NEOS.

Dieser Antrag lautet:

Der Gemeinderat der Stadt Stockerau beauftragt den Ausschuss für Stadtentwicklung, Verkehr und Liegenschaftsmanagement bis 1. Juli 2017 das im Jahr 2015 im Auftrag der Stadtgemeinde Stockerau mit Unterstützung des Landes Niederösterreich von Rosinak & Partner und Snizek & Partner erarbeitete Verkehrskonzept eingehend zu beraten, allenfalls zu modifi-

zieren und zu konkretisieren und es nach Einbeziehung der Bürger – etwa in Form eines Bürgerforums - dem Gemeinderat zur umfassenden Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen. Der Vorschlag des Ausschusses soll eine konkrete und mit einer Priorisierung versehene Projektliste samt Zeit- und Finanzierungsplanung enthalten.

Durch die Beschlussfassung durch den Gemeinderat soll das Verkehrskonzept zum verbindlichen Planungsrahmen für die weitere Arbeit im Verkehrsausschuss sowie die befassten Abteilungen der Stadtverwaltung werden.

Stadtrat Holzer: Ich möchte den Kollegen Falb nur daran erinnern, wie wir besprochen haben im August im Verkehrsausschuss die Tagesordnung „Verkehrskonzept“ – leider Gottes ist die ÖVP geschlossen nicht gekommen – ich weiß nicht, vielleicht informieren die Ausschussmitglieder Sie nicht über die Aktivitäten. Es wurde dann im November im Ausschuss das Verkehrskonzept sehr wohl diskutiert. Es wurden die Punkte, die umgesetzt sind, die in Umsetzung sind, die geplant sind, vorgestellt – keine Wortmeldung der ÖVP. Wir haben das gemacht, was als Politiker notwendig ist, wir haben die Bevölkerung informiert. Jetzt fühlt sich die ÖVP auf den Schlips getreten, weil in den Medien was gestanden ist, aber umgekehrt, ihr fordert genau das, dass wir das machen sollen. Also, zuerst sollte sich einmal die ÖVP absprechen, Autobahn, Asfinag – Sie fordern Information. Es gab Besprechungen mit der Asfinag über den dreispurigen Ausbau, Vertreter der ÖVP anwesend. Da wurde über Lärm gesprochen, da gibt es einen Sachverständigen, der beauftragt ist, das ist alles im Laufen. Ich weiß, in den Ausschusssitzungen sind keine Medien und keine Bevölkerung. Aber spricht euch einmal ab und dann gibt es Informationen innerhalb der Fraktion. So einfach wäre das.

Gemeinderat Hopfeld: Ich möchte nur sagen. Es kann schon sein, dass damals bei dieser Ausschusssitzung niemand von der ÖVP da war, weil vielleicht eine Verhinderung oder sonst irgendwas gewesen ist. Sonst sind wir immer bei den Ausschusssitzungen dabei, aber wir finden halt etwas, wenn ich nicht dabei bin, dann erwarte ich mir, dass ich ein Protokoll bekomme, damit ich weiß, was dort vorgefallen ist. Damit ich dann informiert bin. Das habe ich nicht bekommen, muss ich jetzt ganz offen und ehrlich sagen. Das fehlt mir.

Stadträtin Völkl: Lieber Herr Stadtrat Holzer, im August sind wir nicht gekommen, da haben wir im Vorfeld telefoniert und du hast gesagt, es werden keine wichtigen Themen im Ausschuss besprochen werden und ein paar Punkte haben wir vorher besprochen, aber das war es.

Stadtrat Holzer: Das Verkehrskonzept, haben wir gesagt, müssen wir halt herunternehmen und diskutieren wir dann bei der nächsten Sitzung im November und da haben wir sehr wohl darüber gesprochen. Aber jetzt vorhalten, im Ausschuss wird nicht darüber gesprochen, das ist ein bisschen wenig. Nur darüber sprechen und diskutieren heißt auch, dass man im Meinung der Mehrheit akzeptieren muss und nicht so lange diskutieren bis das heraus kommt, was die ÖVP will.

Stadträtin Völkl: Da ist über verschiedene Vorhaben gesprochen worden, aber nicht dezidiert über das Verkehrskonzept.

Gemeinderat Falb: Also eine Sitzung, wo wir uns entschuldigen, heranzuziehen, ist ein Tiefschlag. Aber den stecken wir ein, den nehmen wir, das ist überhaupt kein Problem, wenn wir vorher anrufen und uns entschuldigen und sagen, da kann keiner kommen und gesagt wird, da wird eh nichts Wichtiges besprochen.

Worum es aber geht, ist hier, dass das Verkehrskonzept beschlossen wird, diskutiert und beschlossen und dann umgesetzt wird, im Plenum des Gemeinderates. Danke.

Bürgermeister Laab: Ich werde den Herrn Gemeinderat Pfeiler gleich zu Wort bitten, aber hier Äußerungen zu tätigen, hier sehr aufbauend zu bringen und theatralisch vorzutragen und zu sagen, dass der Bürgermeister nichts macht bei der Ostspange, obwohl das Land ein Angebot gemacht hätte, das ist einfach schlichtweg falsch. Hier würde ich ersuchen um Details und Dinge, die hier uns offensichtlich nicht zugegangen sind, weil wir haben diese Information nicht, wir haben nur die Information des Landes, dass bei diesen Spangendiskussionen es zuerst notwendig ist, auf eine Liste zu kommen, auf eine Prioritätenreihung, dass hier vorweg ein sehr mühsamer Prozess stattfindet mit den Grundeinlösen und so weiter, dass man, bevor diese beginnen, zuerst einmal auch die Priorität gegeben sein muss seitens des Landes Niederösterreich. Also hier vor Zusehern Dinge zu behaupten, die einfach schlichtweg nicht stimmen, dafür würde ich bitten, das nicht zu tun, weil wir sehr wohl in sehr vielfältiger Art und Weise über Dinge sprechen und vorbereiten und das nicht alles in der Öffentlichkeit und mit den Medien besprochen werden kann, dazu bitte ich auch um Verständnis, weil eben Gesprächspartner, sei es die ÖBB, sei es das Land Niederösterreich, sei es die Asfinag und ähnliche Organisationen. Zuerst müssen in langwierigen Prozessen einmal Entscheidungen herbeigeführt werden, die zu einer Beschlussfassung führen können. Und das passiert, auch ein wesentlicher Teil, der im Verkehrskonzept erstellt wurde, ist beispielsweise das, was hier im Rahmen des ganzen Bahnhofsgeländes passieren soll, und auch natürlich zusammenhängend, ob das mit der Erweiterung zum Teil am Rande der Ausbau der A22. Auch da sind die Gespräche, wie es auch in der Vergangenheit erfolgt ist, dafür gibt es ein gewähltes Gremium, dafür gibt es dementsprechende Mandatare, die mit dem Aufgabengebiet ausgestattet sind und die mit den Damen und Herren hier diese Dinge vorbereiten. Hier haben wir auch immer die Informationen weitergegeben an alle Fraktionen. Das hier dementsprechend aufzubereiten, es würde hier nichts passieren, ist auch schlichtweg einfach falsch. Man kann erst dann Dinge transportieren, Dinge transparent machen, wenn es auch hier seitens des Partners, und das ist die Asfinag in dem Fall, beim Ausbau auch wirklich etwas gibt, was an die Öffentlichkeit zu bringen ist, weil es so besprochen und beschlossen ist, dass die Asfinag das so umsetzen kann. Die haben ihre Genehmigungsverfahren, die sie abwarten müssen. Die haben noch keine detaillierten Planungen machen können, weil sie eben die vorlaufenden Genehmigungen noch nicht haben. Und dann einfach so Dinge zu bringen, als wären hier Versäumnisse da, das ist schlichtweg falsch, das stimmt einfach nicht. So ist es auch bei verschiedenen anderen Argumenten, die hier vorgebracht werden. Ein Konzept, das über Prioritäten, was gleich umgesetzt wird, was in ungefähr drei bis fünf Jahren umgesetzt wird, was in zehn Jahren oder länger umgesetzt wird – das sind Stufen, die da drinnen sind, das jetzt in einen Beschlusstext zu fassen mit einem Finanzierungsplan, ist meiner Ansicht nicht wirklich üblich, dass das durchgeführt wird. Wir hatten das noch nie gebraucht und es hat sich die Stadt trotzdem entwickelt. Alle diejenigen, die Empfindungen haben und aufgerufen werden, hier dementsprechend aufzutreten, weil sie hier unerträgliche Situationen vorfinden. Es gibt noch gar keine Umsetzung, die in irgendeiner Form genehmigt ist. Wir sind in ein Verfahren eingetreten, wo es erst eine Umwidmung geben soll, wo wir natürlich auch die dementsprechende Information weitergeben. Wir machen nicht, dass wir Termine einberufen, nur weil die ÖVP sich so wichtig nimmt und glaubt, wenn sie einen Gemeinderat einberuft, dass wir deswegen von unserem Zeitplan abgehen. Die Bürger können dann informiert werden, wenn entsprechende Unterlagen aufbereitet sind. Da gibt es dazu eben Verkehrsplaner, da gibt es Raumplaner, die hier vorbereitende Arbeiten leisten müssen, um aufgrund von vorliegenden Ergebnissen hier auch dement-

sprechende Konzepte vorzustellen. Und da geht es nicht darum, ob irgendjemand, der etwas nach einem Paragraphen der Gemeindeordnung verlangt, dass man hier, wenn man jemand einlädt zu einer Information, auch hier etwas zu sagen hat und auch hier darüber diskutieren kann und der Zeitraum so gewählt wird, dass, wenn hier Anmerkungen, Wünsche und Argumente da sind, die zu berücksichtigen sind, sich das auch noch in der Auflagefrist ausgeht. Das sind die Kriterien, nach denen wir vorgehen, und nicht, ob jemand irgendwelche Anträge stellt, oder irgendwelche Sitzungen verlangt und genauso ist es, dass wir – und so ist es auch vorgesehen in der Gemeindeordnung – dass in verschiedenen Ausschüssen Themen, Projekte diskutiert werden, die dann dort zu Entscheidungen oder Entscheidungsfindungen führen, und dann schlussendlich in einem Gemeinderat zu einem konkreten Projekt eine Beschlussfassung erfolgt. Ein Konzept muss hier als Gesamtes beschlossen werden und nur weil es sich gut für die Medien und für die politische Arbeit vermeintlich heranziehen lässt, das bringt uns in Sachen Verkehr und Entwicklung in keinsten Art und Weise weiter. Finanzierungen aufzustellen, die vielleicht in acht, zehn oder zwölf Jahren zu tragen sind, kann man ganz schwer heute schon bewerten. Mit welchen Bedingungen, zu welchen Konditionen soll hier eine Beschlussfassung erfolgen? Und wenn man zum einen für den Verkehr dementsprechende Finanzierungspläne verlangt und auf der anderen Seite dann aber bei laufenden Finanzierungen, die jährlich durchzuführen sind, im Rahmen der hundert Kilometer oder mehr an Straßen, die wir in der Stadt zu pflegen haben, dann bei Finanzierungsbeschlüssen dann dagegen stimmt, weil man hier sagt, hier soll keine weitere Darlehensaufnahme erfolgen, obwohl es hier ein Bereich ist, der nicht aus Gebühren oder anderen Dingen bedeckt werden kann, dann finde ich das auch spannend, dass man auf der anderen Seite weit über mehrere Jahre oder Jahrzehnte Finanzierungen schon beschließen lassen möchte. Also nur so viel dazu, dass manche Dinge hier einfach gut klingen, aber im Inhalt einfach falsch sind.

Gemeinderat Pfeiler: Ja, Martin Falb hat eh schon kurze Rückschau gehalten und festgestellt, die Bürger haben keinen Platz hier. Die Bürger werden auch nicht viel gehört in dieser Stadt. Ich habe hier einen Platz, dafür zieht es mir aufs Kreuz und krieg ich wahrscheinlich Kreuzweh. Gut.

Rückschau Verkehrskonzept. Ich möchte da anschließen, wo der Martin Falb sein Eingangstatement gemacht hat. Wir als GRÜNE sind damals der Beauftragung im Jahr 2014 auch sehr, sehr skeptisch gegenüber gestanden und haben damals eigentlich dieser Beauftragung nicht zugestimmt. Der Grund war ganz einfach. Das damalige Verkehrskonzept aus 2002, es ist eh schon gefallen, ist in der Schublade verschwunden, wurde nicht umgesetzt und unsere Befürchtungen haben sich bewahrheitet, dass auch dieses Verkehrskonzept ein gleiches Schicksal erleiden wird. Mit dieser Vorausschau haben wir dem Konzept damals nicht zugestimmt. Ich habe mir heute die Unterlagen aus der damaligen Startbesprechung, Ergebnisprotokoll aus dem April 2014 herausgekratzt und ein bisschen nachgeschaut, wie waren eigentlich die Prioritäten und Ziele des alten Konzeptes 2002. Da war zu lesen Fokus auf Fußgängerverkehr, Fahrradverkehr, Verkehrsberuhigung. Herr Bürgermeister, das kommt mir alles irgendwie bekannt vor, weil die gleichen Prioritäten, die gleiche Reihenfolge der Dringlichkeiten finden sich auch im Konzept 2015 wieder. Das heißt, die Notwendigkeit hier ein neues Konzept auszuarbeiten, haben wir damals nicht gesehen und die Ergebnisse des Konzeptes 2015 bestätigen eigentlich diese Sichtweise. Auch verschiedene Details waren schon in der damaligen Ausarbeitung aus 2002 enthalten – so zum Beispiel die Unterführung im Bahnhofsbereich von der Donaulände hin zur Grafendorfer Straße. Auch das ist keine neue Erfindung des Konzeptes 2015, sondern findet sich im Konzept 2002. Zusammenfassend kann man damit sagen, dass eigentlich die € 120.000,--, die wir da ausgegeben haben, wenn

wir dieses Geld schon in tatsächliche Umsetzungen hätten fließen lassen können, in den Bereichen, die damals schon als wichtig hervor gehoben waren, dann wären wir eigentlich schon einige Jahre weiter. Mit diesen € 120.000,-- hätten wir in den letzten Jahren doch vielleicht die eine oder andere Maßnahme im Bereich Verkehrsberuhigung, Fahrradwege oder ähnliche Maßnahmen wirklich umsetzen können und nicht nur noch einmal wieder auf ein Papier aufzeichnen. Ich muss den Vorwurf auch aufgreifen, den Martin Falb gebracht hat. Das neue Konzept war auch meiner Meinung nach ein Wahlkampfag von Ihnen, Herr Bürgermeister, um Aktivität vorzutäuschen und eine Seite Hochglanzwahlkampfbrochure füllen zu können. Es tut mir leid, dass ich das so sagen muss, aber ich sehe es im Nachhinein wirklich so. Finanziert hat diesen Wahlkampfag der Steuerzahler.

Jetzt zu dem Punkt, den Sie ausführen, man kann das doch jetzt nicht beschließen. Auch unsere Fraktion hat mehrmals versucht, das Konzept mit einem Gemeinderatsbeschluss verbindlich zu machen, um zu verhindern, dass zumindest dieses Konzept, wenn wir es schon beauftragt und ausgearbeitet haben um die € 120.000,--, nicht wieder in der Schublade verschwindet. Zuletzt haben wir einen ziemlich gleichlautenden Antrag, wie er heute vom Kollegen Falb eingebracht wurde, im Oktober 2016 eingebracht, er wurde auch damals abgeschmettert. Warum? Das ist für mich auch ganz einfach. Wir arbeiten doch jetzt schon einige Zeit zusammen, ein bisschen kenne ich Sie jetzt auch. Ich glaube, es ist einfach so, Sie wollen einfach selber nach eigenem Gutdünken fuhrwerken und weitermachen - Business as usual. Das klingt jetzt recht gut - Business as usual –heißt aber auf gut stockerauerisch, weiterwurschteln wie bisher. Das hat sich jetzt auch in jüngster Zeit gleich wieder bestätigt, zuletzt z.B. beim Umwidmungsverfahren Heidstraße/Ernstbrunnerstraße. Bei der Diskussion im Ausschuss, weil wir jetzt auch ein bisschen über Ausschussdiskussionen gesprochen haben, damit die Bürgerinnen und Bürger ein bisschen mitkriegen, wie sich das abspielt. Ich kann jetzt nicht auf allzu viele Details eingehen, weil es doch eine Ausschusssitzung ist, aber in der Diskussion hat sich ganz deutlich gezeigt, dass die Fachbeamten und auch Teile der Ausschussmitglieder in keiner Weise über die Festlegungen im Verkehrskonzept in diesem Umwidmungsbereich betraut waren und schon gar nicht die Festlegungen des Verkehrskonzepts in irgendeiner Weise Grundlage für die Umwidmungspläne waren. Erst durch mühsames Argumentieren von der Kollegin Andrea Völkl und von mir wurde dann doch widerwillig irgendwo im Verkehrskonzept nachgeschaut und ist man draufgekommen, ah ja wirklich, in der Ernstbrunnerstraße ist im Verkehrskonzept ein Radweg eingezeichnet. Erst dann wurde widerwillig der Plan ein bisschen geändert, sodass man dem nun halbwegs Genüge trägt. Also, daher glaube ich, ist es wirklich ein berechtigtes und wichtiges Anliegen, dass wir endlich Verbindlichkeit in dieses Verkehrskonzept hereinbringen.

Gut, wichtiger Punkt ist auch schon gefallen, ich möchte das aber wirklich noch einmal betonen. In den Arbeitskreissitzungen zum Verkehrskonzept - ja klar, es waren die Konsulenten da, die bekommen Geld dafür. Wir Gemeinderäte kriegen für diese Sitzungen dann halt einfach unsere Gemeinderatsentschädigung, auch gut, es ist unsere Aufgabe als Mandatäre uns hier zu beteiligen – aber! Auch viele interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger haben uneigennützig und aus eigenem Engagement an diesen Arbeitskreissitzungen teilgenommen und - das finde ich wirklich bedenklich – über das Ergebnis setzen Sie sich einfach darüber hinweg. Ich finde, dass man so mit dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern nicht umgeht. Ich finde dieses Verhalten eigentlich auch respektlos und geringschätzig, dass man Menschen, die sich hier einbringen, in ihrer Freizeit, uneigennützig, dass man das Ergebnis dieser Arbeit dann leider wieder in Schubladen verschwinden lässt.

Und daher unterstützen wir klarerweise den Antrag, dass dieses Verkehrskonzept im Ausschuss ernsthaft diskutiert wird, auf die neueren Entwicklungen noch einmal angepasst wird

und eine Verbindlichkeit hereinkommt. Denn in letzter Zeit haben wir auch beobachtet, dass unter dem Deckmäntelchen „Verkehrskonzept 2015“ Umsetzungen vorangetrieben werden, die in keiner Weise in dem Verkehrskonzept verankert sind, sondern wo sogar im Rahmen der Konzepterstellung festgelegt wurde, im Rahmen von Besprechungen und von Begehungen, dass die angedachte Maßnahme keine geeignete Maßnahme ist. Worauf stelle ich ab? Ich stelle ab auf die Fahrradstraßen vom Kochplatz zur Hauptstraße. Es ist damals bei Begehungen besprochen worden, ob das ein geeignetes, probates Mittel wäre, und das wurde damals eigentlich als kein probates Mittel beurteilt, hier den Radwegverkehr in Stockerau wirklich voran zu bringen. So, und man geht dann durch die Stadt und plötzlich eines schönen kalten Wintersonntags stehen dort neue Tafeln „Fahrradstraße“ und wird das Ganze auch noch verkauft als Umsetzung des Verkehrskonzepts. Also ich glaube, es gibt schon einige Anhaltspunkte, warum wir für dieses Konzept Verbindlichkeit brauchen. Wir wollen diese € 120.000,-- nicht umsonst ausgegeben haben. Daher unterstützen wir den Antrag. Danke.

Bürgermeister Laab: In einem Punkt in einer Reihe von Punkten möchte ich Ihnen schon widersprechen. In mir kommt der Verdacht auf, nachdem Sie und die ÖVP das in Zusammenhang mit irgendwelchen Wahlkämpfen gebracht wird. Wir haben 2002, wie es schon ein paar Mal erwähnt wurde, ein Verkehrskonzept in Auftrag gegeben. Solche Verkehrskonzepte sind in der Regel zwischen zehn und fünfzehn Jahre ausgelegt und sollten dann wieder neu erstellt werden, und genau in diesen Zeitplan ist es hineingefallen und vielleicht sind die, die immer von Wahlkämpfen sprechen, vielleicht genau diejenigen, denen es deswegen nicht gefallen hat, warum das in dieser Zeit gemacht wurde. Weil auf die Idee wäre ich gar nicht gekommen, dass das vielleicht ein Wahlkampfgag sein soll. Also dass man solche Dinge mit Wahlkämpfen vermischt, aber gut, das soll jeder für sich beurteilen. Wir werden auch in Zukunft Beschlüsse fassen, egal zu welchem Zeitpunkt das stattfindet.

Das Verkehrskonzept Stockerau wird in jeder Ausschusssitzung, die Herr Stadtrat Holzer in seiner Funktion als Ausschussvorsitzender abhält, besprochen. Und das hier beschließen zu müssen, dass man in Zukunft auch über dieses Konzept redet, die nächste Ausschusssitzung ist eingeladen worden, weil das auch innerhalb der Auflagefrist noch diskutiert werden kann, weil die Änderungen beim Bebauungsplan, hier bevor sie im Gemeinderat beschlossen werden sollen, auch zur Diskussion stehen sollen. Auch hier ist das Verkehrskonzept natürlich selbstverständlich wieder auf der Tagesordnung. Also da werden doch Dinge herangezogen, die nicht ganz nachvollziehbar sind und nur zum Verständnis auch für unsere Besucher. Es wird immer so dargestellt, als sei 2002 das Verkehrskonzept nur von der Gemeinde vom Bürgermeister oder hier im Rathaus in einer Schublade verschwunden und nicht wieder irgendwo hervorgeholt worden. Es ist 2002 das Ergebnis dieser Konzeptausarbeitung an alle Fraktionen verteilt worden, jeder hat ein Exemplar zur Verfügung gestellt bekommen, auch dieses Mal bei diesem Konzept ist das so gehandhabt worden und wenn hier die einzelnen Fraktionen hier diese Konzepte in Schubladen schubladisieren und dann nicht mehr hineinschauen, dann ist das deren Problem. Das aber dann so darzustellen, als hätte man das nicht, das kann ich hier nicht so stehen lassen.

Gemeinderat Dummer: Ich wollte was sagen zum Thema Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit. So ein Verkehrskonzept, wenn es schon erstellt wird, sollte auch gelesen werden, sollte bearbeitet werden und sollte in die Arbeit einfließen, wenn das ganze einen Sinn haben soll. Ich habe halt vielfach in den Ausschusssitzungen auch immer wieder den Eindruck, dass wir zwar eines haben und immer auf das verweisen, aber nie hat das jemand wirklich von vorn bis hinten durchgelesen und nie findet das Eingang in die einzelnen Projekte. Ich glaube auch,

dass dieses Konzept, soweit ich es kenne, in vielen Bereichen große Defizite hat, und bezweifle auch, ob das das Geld wert war, das wir dafür ausgegeben haben. Es kommt mir ein bisschen so vor, wenn ich sage, ich habe keinen Bauplatz, ich habe kein Geld zum Bauen, aber ich beauftrage halt einmal einen Einreichplan und für den habe ich auch kein Geld, für den nehme ich einen Kredit auf. Das ist das Verkehrskonzept in Stockerau und das liegt jetzt eineinhalb Jahre. Wir haben das in den Ausschusssitzungen widerwillig dann doch diskutiert einmal und zuletzt in der letzten Ausschusssitzung haben wir ein paar Projekte „heruntergeratscht“. Aber diese Projekte stammen nicht aus dem Verkehrskonzept. Wir haben dankenswerter Weise eine sehr gute Baudirektion, einen Herrn Ing. Stadler, einen Herrn Ing. Schwarzer, die sich sehr viele Gedanken machen und mein Eindruck war, dass diese Projekte eher aus deren Feder stammen und nicht aus dem Verkehrskonzept. Man sieht diese Mängel auch bei der ganzen Diskussion oder immer wieder Diskussion um die 30er-Zonen. Ein solches Verkehrskonzept müsste eigentlich ein komplettes Konzept auch beinhalten, wie die einzelnen Zonen in der Stadt beruhigt werden sollen, wo das geschehen soll. Und wir diskutieren aber bei jeder Sitzung, ob die Straße, die Gasse von da bis dort und von da bis da jetzt 30er-Zone werden soll oder nicht, weil irgendein Bürger einen Antrag gestellt hat. Also auch hier hat das Verkehrskonzept komplett versagt und wir merken das jetzt auch bei der aufflammenden Diskussion über die Strauß-Promenade, wo im Verkehrskonzept meines Wissens drinnen ist, dass es ein Siedlungserweiterungsgebiet ist, aber dazu gibt es halt einfach kein Konzept, wie man das verkehrstechnisch gut anbindet und löst und jetzt diskutieren wir darum oder machen wir uns in der Gemeinde, in der Baudirektion Gedanken, wie wir das lösen können, weil man das aus diesem Verkehrskonzept, aus dem teuer bezahlten, nicht herauslesen kann. Also die Zweckmäßigkeit war da sicher nicht gegeben und auch die Wirtschaftlichkeit nicht. Es entstehen Projekte rund um den Verkehr – zwangsläufig – weil halt die Thematiken anstehen, aber das hat nichts mit dem Verkehrskonzept zu tun. Da bin ich der Meinung, die € 120.000,--, die hätten wir uns wirklich sparen können und sinnvoll für die Stadt in Projekte investieren.

Gemeinderat Straka: Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Bürgermeister.

Gerne nehmen wir deine Einladung aus der letzten Palette an, über künftige Herausforderungen nachzudenken und konstruktive Vorschläge zu unterbreiten. Und wir tun das nicht nur über die Feiertage, wie unsere zahlreichen Wortmeldungen in den Gremien des Gemeinderates belegen.

Auch diese Gemeinderatssitzung ist ein Zeichen, welchen Stellenwert viele von uns dem Thema Verkehr beimessen.

Wir haben in den letzten Jahrzehnten größere und laufend kleinere Studien über den Verkehr in Stockerau erstellen lassen. Viele ExpertenInnen, BürgerInnen und GemeinderätInnen haben ihr Wissen zu diesem Thema eingebracht. Seit über einem Jahr liegt nun dieses neue Verkehrskonzept Stockerau vor. Was sollte uns, den Gemeinderat, also daran hindern, die darin enthaltenen Vorschläge auch zu beschließen? Wo doch sogar der Bürgermeister im Vorwort schreibt "dieses Verkehrskonzept stelle eine bedeutende Leitlinie für die tägliche Arbeit der Stadtverwaltung dar und gäbe jenen Weg vor, den Stockerau in Verkehrsbelangen beschreiten will." Sehen wir uns die Realität an, kommen uns Zweifel an der Ernsthaftigkeit dieser Aussagen. Betrachten wir einige Details zum Thema Fuß- und Radverkehr aus beiden Konzepten. Der Verbesserung dieser sanften Mobilitätsarten wurde in beiden Konzepten hohe Priorität eingeräumt. Hervorzuheben ist da die Erhöhung der Sicherheit sowie der Lückenschluss im bestehenden Radwegenetz. Trotz guter Ansätze im Verkehrskonzept 2002 wurde im neuen

Verkehrskonzept festgestellt, dass bis jetzt wenig davon umgesetzt wurde. Was sich auch mit der Wahrnehmung vieler Stockerauerinnen und Stockerauern deckt. Sichere Querungshilfen bei neuralgischen Kreuzungen am Beispiel Einmündung der Wiesenerstraße in die Wienerstraße. Im Jahr 2012 wurde der vorhandene Fuß- und Radfahrerübergang entfernt, weil angeblich im nächsten Jahr die Kreuzung neu gestaltet werden sollte. Bis heute, also 5 Jahre später, gibt es hier keine dem Verkehrskonzept entsprechende Lösung. Die Ankündigung in der Novemberausgabe der Stadtzeitung, Mühl-, Riß- und Kirchengasse in Fahrradstraßen umzuwandeln, ist leider wirklich umgesetzt worden. Eine Zusatztafel zum allgemeinen Fahrverbot „ausgenommen Fahrräder“ wäre hier ausreichend und sicherlich auch kostengünstiger gewesen als acht neue Verkehrsschilder „Fahrradstraße“. Kurze und sichere Wege sind für die Attraktivierung des Zufußgehens von großer Wichtigkeit. Aber gerade dies wird gerne von der Stadtverwaltung konterkariert. So ist erst im heurigen Winter die Liste jener kurzen Verbindungen, die von Wintersperren betroffen sind, um die Maigasse zwischen Brodschildstraße und Hauptstraße erweitert worden. Wieso diese Sperre auch nach dem Ableiten der Dachabwässer in den Kanal erst jetzt zu spät aufgehoben wurde, ist nicht einsichtig. Das Maigasserl hat sich befunden im Verband mit anderen wichtigen, fußläufigen Wegen ohne Winterdienst, wie z.B. die Verbindung der Fuchsgasse mit der Felkl-Straße über den Senningbach, die Verbindung Dietzweg zur Schaumannsgasse über die Marienhöhe oder Esslingenstraße zur Pamplacherstraße. Also alles Wege, mit denen man sich große Umwege ersparen kann. Keine 100 Meter vom Maigasserl entfernt – eine Baustelle – es wird investiert in Stockerau, der Gehsteig wird gesperrt. Ein sicheres Vorbeigehen an der Baustelle beim ehemaligen Hartlauer-Geschäft war erst nach heftigen Interventionen von engagierten Bürgern möglich. Wieso das nicht schon bei der Bauverhandlung aufgefallen ist? Wahrscheinlich war schon wieder wer lästig – dann dauert das halt länger.

Diese kleinen Beispiele mögen zeigen, dass mit wenig Aufwand und etwas Nachlesen im Verkehrskonzept eine Menge Positives leicht und kostengünstig umzusetzen ist.

Ja, Herr Bürgermeister, um auf deine Einladung zurückzukommen, lass uns gemeinsam Dinge umsetzen, die gut für Stockerau sind und betrachte nicht jeden Vorschlag als Angriff.

Bürgermeister Laab: Nur als kleiner Einwand, dass nicht alles, was hier in Stockerau notwendig ist, wenn das an der Bundesstraße ist, ist auch im Einflussbereich der Stadtgemeinde. Hier beim Hartlauer-Geschäft kann man nicht uns zur Verantwortung ziehen. Hier sind Dinge nicht umgesetzt worden, die nicht von uns gestaltet werden können, die von uns auch nicht beschlossen werden können und die wir auch nicht umsetzen dürfen, weil da andere Behörden gefragt waren, die hier diesen Gehweg nicht erstellt haben. Das einfach so darzustellen, die Gemeinde hätte versagt, da muss man sich dagegen wehren, weil das einfach nicht stimmt. Da werden eben Dinge behauptet, die einfach nicht stimmen.

Gemeinderat Straka: Aber Herr Bürgermeister, ich glaube bei allen diesen Verhandlungen sind Vertreter der Stadtgemeinde anwesend gewesen und deswegen wäre es sicher möglich gewesen, diese fußgängerfreundliche Umleitung sofort zu machen – im Zuge des Abrisses des Hauses.

Stadtrat Moser: Ich möchte zurückholen zum Grundsätzlichen. Ich habe es vor ein paar Minuten gegoogelt – was ist ein Konzept? Ein Konzept ist ein Entwurf für eine größere Arbeit oder ein vorläufiger Plan für ein größeres, längerfristiges Vorhaben. Nicht mehr und nicht weniger. Das heißt ein Konzept wie das Verkehrskonzept, erarbeitet von Fachleuten, erarbeitet von Experten, aber klarerweise jetzt kein Gesetz, keine Verordnung, kein Befehl an die

Politik, das auf Punkt und Beistrich umzusetzen. Es ist eine Sammlung von Ideen, die dem einen gefallen, dem anderen vielleicht nicht, aber es ist etwas Vorläufiges. Und daher ist unser Hauptpunkt der, dass eben nicht das Konzept die Richtschnur für alle weitere Maßnahmen ist, sondern das sind die gewählten Vertreter – das ist der Gemeinderat. Und daher ist es nur recht und billig, dass der Gemeinderat auch mit dem Konzept als Ganzes, nicht mit Einzelmaßnahmen, sondern mit dem Konzept als Ganzes befasst wird. Der Gemeinderat hat es beschlossen, der Gemeinderat hat die nicht unbeträchtlichen Mittel freigegeben, daher sollte der Gemeinderat auch die Möglichkeit haben, das einem das Konzept präsentiert wird, dass man dazu Fragen stellen kann, bevor es dann im Ausschuss weiterbehandelt wird. Das heißt zusammenfassend, wir wünschen uns von der Unverbindlichkeit des Konzepts hin zu einer gesamthaften Strategie mit Prioritäten, mit Finanzierungsplänen und anderen bis hin zu Einzelmaßnahmen, die dann auch konkret umgesetzt werden. Also von der Unverbindlichkeit in die Verbindlichkeit und diese Verbindlichkeit kann nur der Gemeinderat schaffen. Danke.

Gemeinderat Falb: Noch zum Kollegen Holzer. Also ich würde wirklich bitten, dass du uns das Protokoll zumittelst, der Verkehrsausschusssitzung, in der das Konzept als Ganzes über eine Priorisierung der darin enthaltenen Maßnahmen, Kritik an einzelnen Punkten bzw. Ergänzungsvorschläge, wie man halt mit einem Konzept umgeht, wo das in der Weise im Verkehrsausschuss behandelt worden ist. Meines Wissens nach ist so eine Behandlung von den GRÜNEN mehrfach auch verlangt worden, dort im Ausschuss, aber dazu ist es bis dato – noch einmal meines Wissens nach – nicht gekommen.

Stadtrat Holzer: Ich werde den Schriftführer, den Herrn Dummer fragen, ob er es schon fertig hat.

Gemeinderat Straka: Kurz vielleicht noch ...

Gemeinderat Dummer: Das kann ich gleich beantworten.

Gemeinderat Straka: Nachdem ich am Wort bin, darf ich auch etwas sagen? Ich habe mir die Protokolle bzw. die Mappe, wo die Protokolle drinnen sein sollten, angeschaut. In den letzten sechs Jahren hat es 22 Ausschüsse gegeben. Es gibt zwei Protokolle von diesen Sitzungen. Und der Schriftführer in dieser Periode ist der Herr Kube – laut konstituierender Sitzung.

Gemeinderat Dummer: Ja, ich kann das gleich beantworten. Ich habe in der letzten Sitzung die Schriftführung übernommen, habe das Protokoll drei Tage nach der Sitzung an dich, lieber Othmar, geschickt mit der Bitte, in einem Punkt das noch zu ergänzen, weil ich da nicht zum Mitschreiben gekommen bin. Drei Tage nach der Sitzung – das war im November – und seitdem ist das Protokoll nicht ausgeschiedt worden.

Stadtrat Holzer: Das muss ich mir anschauen, was da ist.

Gemeinderat Dummer: Ich kann Dir das Email gerne noch einmal schicken, mit Datum November. Drei Tage nach der Sitzung habe ich es geschickt.

Bürgermeister Laab: Es ist gesagt worden, ich glaube, man sollte im Ausschuss die vorbereitenden Gespräche führen, um dann Beschlüsse im Gemeinderat zu machen. Es das würde in Zukunft nicht funktionieren, wenn wir Gemeinderatssitzungen machen, dass wir keine Un-

terlagen im Vorfeld zur Verfügung stellen und dann Beschlüsse von den Damen und Herren verlangen, und jetzt Anträge hier zu formulieren und dann Beschlussfassungen herbeizuführen, ohne die ausreichend zu diskutieren über die Auswirkungen, davor würde ich warnen und deswegen bin ich auch dafür, dieses Verkehrskonzept – nächste Gelegenheit 30.1. – hier zu diskutieren und dann die folgenden Gespräche zu vereinbaren, wo dann die Diskussion weiterführend geführt werden soll. Das jederzeit, aber hier nur formuliert einen Gemeinderat damit zu überfallen, ohne dass man da die Auswirkungen diskutieren kann, über einen Beschluss, das würde auch nicht genehmigt werden vom Gemeinderat, wenn wir Ihnen das von unseren Mitarbeitern so vorlegen. Das, glaube ich, ist eine Vorgangsweise, die vielleicht medienwirksam ist, aber die uns nicht in der Zielführung weiterbringt.

Stadtrat Kube: Ich möchte zum Vorwurf von Herrn Gemeinderat Straka Stellung nehmen. Ich bin mit September aus dem Verkehrsausschuss ausgeschieden und bis dahin hat es immer Protokolle gegeben und ab dem Zeitpunkt bin ich nicht mehr Mitglied des Verkehrsausschusses, das heißt ich kann gar keine Protokolle schreiben. Danke.

Gemeinderat Pfeiler: Herr Bürgermeister, Sie haben gesagt, es ist sozusagen nicht adäquat, Sitzungen mit Tagesordnungspunkte anzusetzen, wo es keine Unterlagen gibt. Das teile ich diese Einschätzung und ich würde mir wünschen, dass es in Zukunft für alle regulären Gemeinderatssitzungen zu allen Tagesordnungspunkten die entsprechenden Amtsberichte gibt. In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir das Thema gehabt, dass noch zwei Tage vor der Sitzung kein Amtsbericht da war und dann hat sich herausgestellt, dass das Angebot fast ein Jahr auf der Gemeinde gelegen ist. Also sehr gerne, nehme ich das auf, dass wir Sitzungen gut vorbereiten. Ich versuche die Sitzungen, wo ich gewisse Verantwortungen übernehme, das auch so zu tun, ich würde mich wirklich freuen, wenn wir gemeinsam vereinbaren, ab jetzt - dann ist das ok!

Zweiter Punkt, den Sie gesagt haben, jeder Gemeinderat sollte das Verkehrskonzept mit sich führen und auch präsent haben. Ich habe es jeden Tag bei mir, weil auf meiner Festplatte ist alles drauf, aber ich verstehe die Anweisung oder Ihren Wunsch nicht ganz. Ich glaube Sie wären nicht glücklich, wenn ich jede Woche das Verkehrskonzept unter den Arm klemme und anfangs, 30er-Zonen aufzuzeichnen oder Fahrradstreifen aufzumalen. Das wird, glaube ich, niemanden glücklich machen. Daher habe ich mich versucht, in Ausschusssitzungen konstruktiv einzubringen, zuletzt zum Beispiel beim Thema "Tempo 30-Zonen". Als wir diskutiert haben, für den Bereich Manhartstraße, Belvederegasse auch im Zusammenhang mit dem Bezirksgericht und dem vermehrten Fußgängeraufkommen hier flächenhaft Tempo 30-Zonen in diesem Wohngebiet umzusetzen. Ich habe mich damals auch auf das Verkehrskonzept bezogen, das ja schon fertig ausgearbeitet war, in dem festgehalten ist, dass in den Wohngebieten abseits der Hauptstraßen flächenhaft Tempo 30-Zonen umgesetzt wurden. Ich würde jetzt einmal Ihre Reaktion in den Ausschüssen auf diese Vorschläge so in die Kategorie einteilen – bei mir kommt Ihre Reaktion dann immer so an, dass jeder Vorschlag ein Angriff ist und jeder Vorschlag von mir als Einmischung in Ihre inneren Angelegenheiten aufgefasst wird. Ich denke mir dann immer, es ist nicht Ihre Gemeinde, Herr Bürgermeister, es ist die Gemeinde von 17.000 Bürgern. So viel zum Thema, wie bringen sich Gemeinderäte ein, Verkehrskonzepte dann tatsächlich in den Ausschüssen zu diskutieren. Man tut das, man kommt dabei aber nicht weiter. Wir haben dann in diesem Ausschuss vereinbart, ok, Tempo 30-Zonen – führen wir keinen Kampf um Häuserblöcke, nehmen wir uns einen Plan und diskutieren wir das in einem Verkehrsausschuss. Ich habe den Plan seit November im vierzehntägigen Rhythmus – den Plan über die derzeitigen Tempo 30-Zonen in Stockerau – im vierzehntägigen Rhythmus

beim Bauamt eingefordert und bis dato keine Antwort bekommen. Also ich glaube, es gibt nicht einmal einen Plan über Tempo 30-Zonen am Bauamt und er wurde mir nicht übermittelt. Ich weiß es nicht, das ist doch, Entschuldigung, kein Staatsgeheimnis, einem Gemeinderat einen Plan über Tempo 30-Zonen zu übermitteln. Ich kann mir den Plan auch selber machen. Ich fahre mit dem Radl eine Runde durch die Stadtgemeinde und male mir das auf. Aber ich finde das kindisch, dass man solche Informationen zurückhält. Also nur, dass einfach die Zuhörer mitbekommen – Sie sagen das so locker floppig, man soll mitarbeiten in den Ausschüssen, dann wird alles gut. Nein, es wird überhaupt nicht gut, man steckt fest, fährt gegen eine Wand von Ignoranz und Überheblichkeit und Sie setzen sich dann her und sagen, man soll in den Ausschüssen mitarbeiten. Ich möchte einfach nur den Bürgerinnen und Bürgern eine Möglichkeit geben, Einsicht zu haben, wie sich das in der Praxis anfühlt, wenn man versucht als Gemeinderat, ein Konzept, das wir um € 120.000,-- beauftragt haben, in der Praxis leben und umsetzen wollen. Danke.

Bürgermeister Laab: Diese Anschuldigungen, dass jetzt der Bürgermeister vielleicht auch einmal angesprochen werden hätte können, dass dieser Plan nicht zu bekommen ist. Wenn man mich jetzt angreift, weil ein Mitarbeiter den Plan nicht zur Verfügung stellt. Festgelegt wurde, dass ein Plan bei der nächsten Sitzung vorbereitet wird, dass alle Ausschussmitglieder darüber die Information haben, wo sind die 30er-Zonen, wo es bereits bestehende 30er-Zonen gibt und darüber zu diskutieren, wo Lückenschlüsse zu machen sind. Das war die Idee. Wenn jetzt zukünftig sein soll, dann muss man das mit den Mitgliedern absprechen und muss darüber reden, dass jeder seine eigenen Unterlagen bekommt. Bis jetzt war es immer üblich, dass man in den Ausschusssitzung gemeinschaftlich mit Unterlagen gearbeitet hat und die dann zur weiteren Bearbeitung weiter bei den Mitarbeitern geblieben sind und dann Ergebnisse präsentiert hat. Aber wir werden sicher den Beschluss, den der Ausschuss gefasst hat, umsetzen und hier persönliche Befindlichkeiten, dass der Bürgermeister hier für alles und jedes zuständig ist und dann jetzt Bewertungen abzugeben, wie die Reaktionen, wie die Einschätzung ist, das ist Ihre subjektive Meinung, aber wir haben, glaube ich, in sehr vielen Bereichen sehr viel erreicht und das jetzt einfach alles in Frage zu stellen, sehe ich sehr, sehr problematisch.

Dann würde ich ersuchen, dass man zu dem Antrag, den der Herr Mag. Falb gebracht hat, die Abstimmung durchführt.

Gemeinderat Falb: Ist die Debatte noch offen?

Bürgermeister Laab: Ich habe jetzt keine Wortmeldung mehr gehabt. Im Gemeinderat ist es üblicherweise so, wenn zu einem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung mehr vorliegt, dass über den Antrag, der gestellt wurde, abgestimmt wird.

Stadtrat Kronberger: Nur eine Frage, Herr Bürgermeister. Kann ich zu den 30er-Zonen im Zuge dieses Antrages einen weiteren Antrag stellen? Problemzone Belvederezone/Manhartstraße.

Antrag:

Der Gemeinderat möge den zuständigen Ausschuss beauftragen, gemeinsam mit den Fachbeamten innerhalb von zwei Monaten ein Konzept verkehrsberuhigender Maßnahmen einschließlich einer Tempo-30er-Zonenregelung, beginnend für die beiden Straßenzüge bzw. Wohngebiete im Bereich Belvederegasse und Manhartstraße, auszuarbeiten.

In dieses Konzept sollten auch die Überlegungen der betroffenen Anrainer einbezogen werden.

Jetzt zitiere ich das Verkehrskonzept: Die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung sollen gemeinsam mit der betroffenen Bevölkerung umgesetzt werden. Es soll eine weitgehende Konsenslösung angestrebt werden. Das fertige Konzept soll vor der Realisierung der betroffenen Bevölkerung präsentiert werden. Es soll kein verkehrspolitisches Diktat „von oben“ sein, sondern eine gemeinsame Aufgabe der Betroffenen.

Das abgestimmte Konzept sollte möglichst rasch einer Realisierung zugeführt werden.

Begründung der Dringlichkeit und Priorität auf das Gebiet Belvederegasse/Manhartstraße:

1) Das Gelände der ehemaligen Prinz Eugen-Kaserne ist mittlerweile verbaut und bewohnt. Die Bewohner suchen ihren Weg ins Zentrum bzw. für ihre Einkäufe durch die Belvederegasse, um dem Problembereich Einmündung Schaumannngasse in die J.Wolfikstraße auszuweichen. Dadurch entsteht ein wesentlich höheres Verkehrsaufkommen.

2) Der Fußgängerübergang beim BG/BRG liegt in einer 50er-Zone und ist überdies schlecht beleuchtet bzw. abgesichert. Der Zugangsbereich des BG/BRG in der Belvederegasse ist der einzige Schulbereich ohne 30er-Zone. Darüber hinaus besteht in diesem Bereich auch am Nachmittag bzw. am Abend durch den Sportbetrieb in den Turnhallen des BG/BRG reger Fußgängerverkehr.

3) Sowohl die Belvederegasse als auch die Manhartstraße sind wichtige Routen und Wege zu den Schulen (Volksschulen, Neue Mittelschulen, Polytechnische Schule im Bereich Schulcampus) und zu den Kindergärten. In beiden Straßenzügen muss daher der Verkehr beruhigt werden. Die derzeit nur abschnittsweisen Tempo-30er-Zonen in der Manhartstraße, ein Fleckerlteppich, sind ungenügend, der 50er im Bereich Belvederegasse im Bereich Belvedereschlössl bzw. westwärts ist mit den Anforderungen eines sicheren Schulweges nicht verträglich.

4) Erschwerend kommt dazu, dass im kommenden Jahr durch die baubedingte Sperre der Hornerstraße bei fehlender Verkehrsberuhigung die Straßenzüge Belvederegasse einer deutlich erhöhten Verkehrsbelastung ausgesetzt werden.

5) Bedingt durch die Unterbringung von Flüchtlingen im ehemaligen Bezirksgericht, hat sich der Fußgängerverkehr in diesem Bereich ebenfalls deutlich erhöht, insbesondere sind auch viele Kinder in diesem Bereich unterwegs. Es sollte daher nach Möglichkeit in diesem Bereich ein Schutzweg zur Überquerung der Theresia Pampichlerstraße geschaffen werden.

Bürgermeister Laab: Herr Stadtrat Kronberger, also ich finde das äußerst unfair, die Vorgangsweise, die da gewählt wird. Uns sagt man am 4. Jänner Verkehrskonzept Stockerau, dann bereitet man sich bis zum 19. Jänner mit verschiedenen Anträgen vor und lässt alle anderen Gemeinderäte – vielleicht ist es mit manchen abgesprochen – vollkommen im Unklaren über die Beschlüsse, die hier gefasst werden. Ich bin für Beschlüsse im Gemeinderat, aber ich bin auch für eine faire Vorgangsweise, dass jeder die Möglichkeit hat, deswegen machen wir ja auch Unterlagen zu unseren Beschlüssen, die dann gefasst werden, in dem jeder die Möglichkeit hat, sich das anzuschauen und dementsprechend beurteilen zu können. Das jetzt vorzulesen und zu verlangen, dass über all diese Dinge abgestimmt wird, das halte ich für eine Vorgangsweise, die äußerst bedenklich ist, weil wenn wir in Zukunft die Gemeinderatssitzungen so gestalten, dann wird es schwierig, etwas zu beurteilen und auch die Tragweite einer Entscheidung dann wirklich zu diskutieren und zu schauen, was hier herauskommt. Also ich wäre dafür, derartige Dinge vorzubereiten im Ausschuss und dann einen Beschlusstext für eine Gemeinderatsitzung, die ja eh für Februar geplant ist, dann vorzulegen. Aber das jetzt

hier vorbereitet in akribischer Arbeit wahrscheinlich in den letzten Wochen und dann alle anderen im Unklaren zu lassen, und zu verlangen, einen Beschluss zu fassen, das ist für mich keine Vorgangsweise. Wenn wir in Zukunft so miteinander umgehen, werden wir, glaube ich, nicht sehr viel weiterbringen.

Gemeinderat Falb: Herr Bürgermeister, Sie sind mir jetzt nicht böse, wenn ich noch einmal auf das zurückkomme, was der Kollege Pfeiler zuvor gesagt hat. Wir sind in normalen Gemeinderatssitzungen mit solchen Tagesordnungen zum Teil mit der Tatsache konfrontiert, dass Amtsberichte, die zum Teil sehr umfänglich sind, sehr, sehr kurzfristig, zum Teil unmittelbar vor der Gemeinderatssitzung kommen. Und die Vorgangsweise, dass während laufender Gemeinderatssitzung Anträge gestellt werden, mündlich, oder indem man ihn schriftlich hergibt, ist ganz normal, das ist überhaupt nichts Neues, nichts Unfares, die Anträge müssen sachlich im Zusammenhang mit dem Thema stehen, das ist Verkehr, das ist nichts Neues. Also diese Überraschung ehrlicherweise, ist mir ganz fremd. Wir machen das jede Gemeinderatssitzung. Sie kriegen zwei Dringlichkeitsanträge heute, ganz normal, über die müssen Sie diskutieren, haben Sie über die Bescheid gewusst? Wir haben fast jede Gemeinderatssitzung Dringlichkeitsanträge. Komisch.

Stadtrat Kronberger: Entschuldigung, Herr Bürgermeister, ich habe nur verlangt, dass der Ausschuss mit den Fachbeamten ein Konzept erarbeiten soll. Und ich glaube, das Recht steht mir zu, außerdem Herr Bürgermeister bitte, die Sache ist deswegen berechtigt, es hat im Sommer des Vorjahres von der Initiative in der Belvederegasse eine Anfrage bei der Stadtgemeinde gegeben, bezüglich der 30er-Zone. Am 31. November wurde im Namen mehrerer Anrainer ein schriftlicher Antrag bei der Stadtgemeinde eingebracht. Wochenlang gab es keinerlei Reaktion. Und jetzt bitte, weil wir am 4. diese Sondersitzung beantragt haben, bekommt die Initiative bitte mit 12. Jänner ein Schreiben, wo drinnen steht, dass die Stadtgemeinde angeblich eine generelle 30er-Beschränkung für alle Straßen in Stockerau mit Ausnahme der Vorrangstraßen anstrebt. Und mir fehlt mit der Zeit bitte der Glaube. Wir haben diese 30er-Zone für die Belvederegasse im Ausschuss – und da warst Du dabei – wir haben sie dort, wir können dort ja keine Beschlüsse fassen, wir haben sie gemeinsam besprochen und empfohlen. Wir sind auseinander gegangen und am nächsten Tag bitte, ich weiß nicht wer, ist diese Regelung mehr oder weniger über den Haufen geworfen worden. Und die Tafeln sind nur von der Pampichlerstraße um die Ecke zur Manhartstraße aufgestellt worden. Also es gibt bitte berechnete Interessen auch der Anrainer. Und das war der Grund, warum wir das bitte vorgebracht haben.

Stadtrat Holzer: Es stimmt, aber nur im Ausschuss haben wir schon gesagt, wir machen es nicht die ganze, was ich vorgeschlagen habe, von-bis, sondern nur diesen Teil. Das ist ja im Ausschuss schon herausgekommen. Und im Ausschuss ist auch schon sehr oft gefallen, darum vielleicht auch jetzt der Brief vom Bauamt, wenn wir so weitertun, in Wahrheit sind 85% von Stockerau eh schon 30er-Zonen. Da muss man aber auch klar dazu stehen und sagen, ganz Stockerau ist 30er-Zone. Was das bedeutet für die vielen Autofahrer – da müssen dann auch die 37 dazu stehen. Weil viel fehlt wirklich nicht mehr.

Stadtrat Kronberger: Othmar bitte, dann kennst Du das Schreiben nicht, das an die Initiative hinausgegangen ist. Da steht drinnen, „Seitens der Stadtgemeinde Stockerau werden Überlegungen angestrebt, das komplette Stadtgebiet mit Ausnahme der Vorrangstraßen zur 30er-

Zone zu erklären". Ich weiß nicht, wissen die Beamten nicht, was hier herausgegeben wird, oder weißt das du als Ausschussvorsitzender?

Stadtrat Holzer: Ich habe gesagt, das habe ich ja im Ausschuss auch schon ein paar Mal angesprochen, dass wir schon bald dort sind, aber es ist nie eine Reaktion gekommen, das halten wir für gut oder schlecht.

Gemeinderat Dummer: Also, zu dem Thema haben wir einen Ausschuss gehabt, wie es eh schon gefallen ist, wo der Othmar einen Vorschlag, einen guten Vorschlag präsentiert hat, der auch eine breite Zustimmung gefunden hat im Ausschuss, der dann aber von Ihnen aus irgendeinem Grund abgewürgt wurde – Sie waren damals nicht gut drauf – muss ich sagen, und damit ist das Ganze, was eigentlich gut aufbereitet war und allgemein goutiert worden ist, dann gestorben und eingeschlafen. Und das ist ja das Versäumnis, das ich eh schon erwähnt habe, auch im Verkehrskonzept. Wenn man ein Verkehrskonzept macht für eine Stadt wie Stockerau, dann sollte dort auch festgelegt sein, welche Zonen empfehlenerweise, vor allem die Wohngebiete natürlich, in 30er-Zonen umgewandelt werden sollten. Das sollte halt ein Konzept sein, das die Dinge alle berücksichtigt, die zu berücksichtigen sind – Schulen, Einrichtungen für ältere Menschen, was auch immer. Dafür haben wir hoffentlich die € 120.000,- - ausgegeben, aber offensichtlich müssen wir uns das jetzt kleinweise trotzdem selbst erarbeiten, weil das in diesem wertvollen Papier nicht drinnen steht. Aber es gab diese Initiative gerade für diesen Bereich schon, das war meines Erachtens nach damals eine gute Lösung, ist aber, und alle die beim Ausschuss dabei waren, werden es wissen, dann aber abgestochen worden.

Gemeinderat Pfeiler: Zum Thema Anträge einbringen in Gemeinderatssitzungen und Sitzungsvorbereitung. Also was der Martin sagt, kann ich absolut nur unterstützen, das ist einfach unser Geschäft hier, Anträge zu formulieren, vorzubringen, zuzuhören und zu überlegen, ob der einzelne gewählte Mandatar zustimmen kann oder nicht. Darum sitzen wir da. Das sollten wir gewöhnt sein, das ist unser Geschäft. Und, das muss ich auch sagen, wir haben hier ohne Unterlagen und ohne schriftlichen Amtsbericht bereits Haftungen und Vergleiche beschlossen, ja, und jetzt hier einzufordern, dass alles hier präzise vorzubereiten und vorher zu liefern ist, also das finde ich eine interessante Forderung. Da bin ich mit dabei, das in Zukunft besser einzuhalten, aber da gibt es von Ihrer Seite auch einiges zu tun, um das einzuhalten. Das ist einmal zum Thema Vorbereitung der Sitzungen.

Zum Thema 30er-Zone: Der Antrag Belvederegasse/Manhartstraße hier gesamthafte Lösungen Tempo 30er-Zonen zu bearbeiten im Ausschuss, den kann ich wirklich nur voll umfänglich unterstützen. Das war bereits meine Intention im Frühsommer des letzten Jahres. Ich muss dann sagen, ich war sehr positiv angetan in dem Ausschuss, dass es hier seitens des Bauamtes Überlegungen gab, wirklich für dieses gesamte Gebiet gute Tempo-30er-Zonen-Regelungen einzurichten. Es waren wirklich Sie, Herr Bürgermeister, der sich massiv gegen diese Regelung gestellt hat im Ausschuss. Ich weiß nicht mehr, ob Sie der einzige waren, aber Sie haben sich massiv dagegen gestellt, ja, und nur auf äußersten Druck, weil wir dort im letzten Sommer neu die Situation mit den Asylwerbern hatten, war das damals der absolute Minimalkonsens, der möglich war mit Ihnen in dem Ausschuss. Ja Sie tun jetzt so überrascht, aber es war so, es ist die Wahrnehmung von Herrn Dummer und auch meine. Es war wirklich so – und das war der wirklich minimal mögliche Minimalkonsens, dass wir vor dem Bezirksgericht mit den Asylwerbenden eine Tempo-30er-Zone einrichten können. Sonst wäre dort nämlich gar nichts passiert. Darum habe ich dann diesem Minimalkonsens auch zugestimmt,

weil da wirklich Feuer am Dach war. Darum unterstütze ich den Antrag, dass wir dieses Gebiet und auch die anderen Wohngebiete im Ausschuss überarbeiten und durchgehen und schauen, wie wir hier flächenhaft zu Tempo-30er-Zonen in den Wohngebieten abseits der Vorrangstraßen kommen. Also unsere absolute Unterstützung diesbezüglich.

Bürgermeister Laab: Sie beantragen jetzt etwas, was eh schon im Laufen ist, was im letzten Ausschuss besprochen worden ist, dass die 30er-Zonen auf den Tisch kommen und dass man sich überlegt, wo man die Lücken schließt. Nichts anderes wird jetzt hier beantragt, was der Ausschuss eigentlich schon beschlossen hat.

Gemeinderat Pfeiler: Woher soll ich bitte wissen, was im nächsten Ausschuss besprochen wird. Die Einladung zum nächsten Ausschuss, Herr Bürgermeister wissen Sie, wann die gekommen ist? Die ist heute am 19.1. um 11.57 gekommen. Da müsste man Hellseher sein, vielleicht hat die ÖVP bessere Verbindungen da in andere Sphären, ich nicht, aber offenbar die ÖVP auch nicht. Wie kann ich am 4.1. wissen, dass es einen Ausschuss am 30. Jänner geben wird, zu dem am 19.1. – genau heute, habe ich eh gesagt – eingeladen wird. Und auch sehr interessant, dass nach dem 4. Jänner die Bürger informiert werden, dass gesamthafte Tempo-30er-Zonen beabsichtigt sind, einzubringen. Hätte mich zum Beispiel auch interessiert, als Mitglied des Verkehrsausschusses, dass das jetzt wirklich angegangen wird. Also, das eine oder andere Mail an ein Ausschussmitglied ist keine verschwendete Liebesmüh. Ich lese meine Mails.

Gemeinderätin Weiss: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Gemeinderatskollegen, geschätzte Zuhörer.

Die Straußpromenade ist auch einer der Gründe, warum wir die heutige Sitzung einberufen haben, weil sie aufzeigt, wie in Stockerau gearbeitet wird. Man startet dieses Vorhaben, ohne die Bürger miteinzubeziehen. Die Bürger und die gesamte Opposition verlangen seit Monaten, dass man hier auch eine vernünftige Verkehrslösung macht. Den kleinen Wald zu roden und den ganzen Verkehr zur Kreuzung Haydngasse/Straußpromenade zu leiten ist sicher keine Lösung. Kaum hatten wir die heutige Sondersitzung einberufen, wurde viel zu spät für den 23.1. eine Versammlung einberufen. Angeblich ist dazu aber nur ein ganz kleiner Kreis eingeladen. Gerade von Verkehrsmaßnahmen sind aber viele Leute betroffen, nicht nur die unmittelbaren Anrainer. Erst wenn sich die Bürger aufregen, wird man in Stockerau aktiv. So kann man heute nicht mehr Politik machen. Die Bürger haben das Recht in solche wichtigen Projekte von Anfang an einbezogen zu werden. Was die Verbauung des neuen Stadterweiterungsgebietes betrifft, so halte ich meiner Fraktion fest, dass es eine gemischte Bebauung, Einfamilienhäuser, großvolumiger Wohnbau sein soll. Eine Bebauung von Bauklasse IV – bis 14 m Höhe – kommt für uns nicht in Frage. So steht es aber jetzt noch in den Unterlagen.

Ich bitte Sie um Antwort auf folgende Fragen, Herr Bürgermeister:

- Wie ist der Projektfortschritt im Bereich Straußpromenade? Wann wird die Umwidmung im Gemeinderat beschlossen werden?
- Was sind die Überlegungen der Stadtgemeinde zur Verkehrslösung in diesem Bereich und wie weit ist man hier?
- Welche Art der Bebauung, bzw. welche Bauklasse ist maximal vorgesehen?
- Und es gibt die Sorge, dass der Baseballplatz früher oder später verbaut werden soll. Wie stehen Sie dazu?
- Wer aller wurde zur Versammlung am kommenden Montag eingeladen?

Danke.

Bürgermeister Laab: Zu den Fragen, die hier gestellt wurden. Eingeladen wurden zu der Sitzung, weil wir wollen, es wird ja immer verlangt, transparente Auskunft zu geben, dass diejenigen, die unmittelbar betroffen sind, jetzt nach Vorliegen der Einreichunterlagen für die Umwidmungen bzw. wenn es hier von einem Verkehrsplaner einmal Vorschläge gibt, wie hier eine Anwendung stattfinden kann, nachdem der Baulandsicherungsvertrag in der letzten Sitzung beschlossen wurde und hier an die Umwidmung gedacht werden kann und das Land damit befasst werden kann, deswegen ist dieser Termin gewählt worden, diesen 23. Jänner, weil es früher nicht gegangen ist, nachdem auch die Planungsarbeiten abgeschlossen werden mussten. Der Baseballplatz ist in keinsten Weise in irgendeiner Form davon betroffen. Daher ist es auch von meinen Aspekten her nicht geplant, eine Bebauung dort stattfinden zu lassen. Die Bebauung wird so stattfinden, dass gemischt Einfamilienhäuser mit großvolumigem Wohnbau passieren. Das, was hier vorliegt, sind lediglich Diskussionsunterlagen und keine festgeschriebenen Bedingungen. Die Einreichung beim Land wird dann auch zeigen, was die Begutachtung ergibt und in welcher Größe und in welcher Bauklasse hier umgewidmet werden kann. Aber dass hier Bauklasse IV umgesetzt wird, das steht in keiner Weise meines Wissens nach fest, sondern es ist eine Diskussionsgrundlage, was dort möglich ist, aber dort wird man, so wie wir es auch bei anderen Dingen beschlossen haben, die Bauklasse entsprechend reduzieren, wenn hier andere Aspekte von der Argumentation von den betroffenen Sachverständigen bekommen. Es hat nicht jede Skizze, die irgendwo aufgelegt wird, eine Verbindlichkeit, sondern das sind Vorschläge, die diskutiert werden, und deswegen wurden ja auch am 23. die Anrainer, die unmittelbar davon betroffen sind, eingeladen, damit wir eben wirklich in der Sache deren subjektiven und natürlichen Fragen, die da sind, nachgehen können und nicht eine Massenveranstaltung macht und deren Fragen untergehen, wo man nicht auf das eingehen kann, wo der Raumplaner und auch der Verkehrsplaner zur Verfügung stehen wird, um hier diese Lösungen anzustreben. Aber wir reden hier von einer Größenordnung, wie wir sie im Kasernengebiet gehabt haben, dort hat der Bund das verkauft und umgewidmet, dort war es richtig. Also der Bund hat die Kaserne verkauft, dann ist das mit 270 Wohneinheiten verbaut worden, verkehrsmäßig haben wir einen Plan verlangt, ob das verkehrsmäßig tragbar ist über die vorhandenen Straßen. Dort hat man uns ein Konzept vorgelegt, dass diese Straßen ausreichend sind und es hat auch in keinsten Weise hier, obwohl wir von Seiten der Gemeinde Bedenken gehabt haben, ob das verkehrstechnisch auch durchführbar ist, hat sich jetzt nachdem die ganzen Wohnungen und Häuser bezogen sind, ergibt sich natürlich eine zusätzliche Belastung, die natürlich auch in der Schaumannngasse gegeben ist durch den Verkehr, Schulgelände und Belvederegasse und ähnliche Straßen, aber hier hat in keinsten Weise irgendjemand das aufgegriffen. Wir werden natürlich, und das ist ja auch schon angesprochen worden, unter anderem auch im Verkehrskonzept, die Schaumannngasse als solches mit der Unterführung, die auf der B3 erfolgt, im Jahr 2018 ist Baubeginn, dann natürlich auch verkehrsplanerische Maßnahmen setzen, weil das im Zusammenhang dann auch am leichtesten umzusetzen ist. Dort haben wir noch keine Erfahrungen. Es werden hier Dinge genannt, ich weiß nicht, wie viele Autos in der Belvederegasse unterwegs sind, wie viele Autos im Raum der Schaumannngasse unterwegs sind und wie viele Autos auf der Straußpromenade momentan unterwegs sind. Haben Sie diese Zahlen? Haben Sie sich darüber schlaue gemacht, von welcher Verkehrsproblematik wir da reden? Natürlich ist die Kreuzung Straußpromenade/Haydngasse ein Punkt, der auch von den Verkehrsplanern dementsprechend bewertet werden muss, um hier Lösungen zu suchen. Die Planung, das wissen ja alle, die hier damit befasst sind, war ja ursprünglich eine andere. Jetzt ist der Teil 1 sozusagen umgesetzt worden, weil Teil 2 im Moment nicht möglich ist, weil einige Grundeigentümer nicht einverstanden sind. Damit ist auch verkehrstechnisch – die erste Anbindungsstraße ist zu errichten,

die immer geplant gewesen wäre, und es werden dann bei Erweiterung des Ganzen sicher noch andere Zufahrtswege möglich sein. Aber die schlussendliche Planung obliegt natürlich einem Verkehrsplaner und da wird man auch in Abstimmung mit dem Land Niederösterreich hier Lösungen erarbeiten und die dann umsetzen. Jetzt werden Dinge in den Raum gestellt, die in keinsten Weise in irgendeiner Form noch untersucht sind bzw. auch ein schlussendlicher Parzellierungsplan dem zugrunde liegt. Wir brauchen jetzt zuerst die Umwidmung, bevor hier weiter gemacht wird und derartige Dinge auch umgesetzt werden und Geld in die Hand genommen wird. Sollte es keine Widmung geben, weil das Land Niederösterreich dem nicht zustimmt, dann wären auch hier alle Gelder, die in diese Richtung schon ausgegeben werden, dann unnötig und zu einem Zeitpunkt erfolgt, wo es noch keine Umsetzungschance dafür gibt. Das ist ja noch nicht gesagt, dass hier das, was wir anstreben, beim Land Niederösterreich auch Zustimmung findet. Wir sind aber auf der anderen Seite natürlich verpflichtet, allen denen, die hier auch das Recht haben, sich in Stockerau anzusiedeln und den Wunsch an uns herantragen, dass wir uns bemühen und schauen und wir haben ja im Jahr 2012 schon begonnen, diese Gebiete zu untersuchen und die Wirtschaftlichkeit, wenn man das so bezeichnet, von der TU Wien feststellen zu lassen unser Entwicklungsgebiet in der Wiesener Straße und den in der Straußpromenade und beide wurden gleich bewertet und hier wurden auch natürlich die Verkehrssituation und die möglichen neuen Einwohner hier berücksichtigt und genau nach diesen Untersuchungen und nachdem sind wir vorgegangen und das wird auch in Zukunft so sein, dass wir natürlich in Abstimmung mit entsprechenden Stellen, ob das das Land Niederösterreich oder Unternehmen, wie Sachverständige und Spezialisten sind, werden auch Lösungsansätze gesucht, aber das hier so zu fordern, ist natürlich klar, warum der Tagesordnungspunkt nur so gewählt wurde und all diese Anträge, die hier gestellt werden, nicht wirklich im Vorfeld genannt wurden, weil dann hätte ja der eine oder andere auch die Möglichkeit gehabt, sich darauf noch vorzubereiten bzw. auch bei unseren Stellen dementsprechende Unterlagen herauszusuchen, um das auch wirklich beantworten zu können. Aber wenn das in Zukunft die Situation ist, dass man in eine Gemeinderatsitzung geht und so diskutiert, noch einmal, natürlich werden Anträge in einer Sitzung gestellt und natürlich gibt es Dringlichkeitsanträge und heute werden wir auch zwei Dringlichkeitsanträge diskutieren, auf den ersten freue ich mich schon besonders, weil das hier zeigen wird, wie wenig man sich hier vorbereitet und einen Dringlichkeitsantrag als Werkzeug verwendet, aber es ist natürlich schon für die konstruktive Entwicklung einer Stadt besser, wenn man hier Tagesordnungspunkte mit dementsprechenden Unterlagen zeitgerecht an die Mandatäre weiterleitet und jetzt bei hunderten, wenn nicht mehr Tagesordnungspunkten der letzten Jahre und Jahrzehnten gefasst wurden, irgendwelche herauszugreifen, wo es aus irgendwelchen Gründen vielleicht nicht zeitgerecht zur Verfügung gestanden sind, das kann man dann auch so darstellen, als wäre das der übliche Weg, der hier in diesen Räumlichkeiten gewählt wird. Das ist bei weitem nicht so und zeigt auch ein falsches Bild der ganzen Situation.

Stadtrat Kronberger: Ich habe mir die Unterlagen bezüglich Straußpromenade sehr wohl angeschaut. Und im Änderungspunkt 7. steht im Text drinnen Bauklasse IV im nordöstlichen Bereich. Da das Gelände in Richtung Nordosten abfällt, können wir hier, ohne negative Einflüsse auf die umgebende Bebauung zu verursachen, höhere Gebäude errichten. Das steht drinnen. Im Plan steht Bauklasse II, III. Da müsste man entweder das anpassen, was vernünftig wäre, also Bauklasse III oder den Plan ändern. Einen Appell bitte Herr Bürgermeister möchte ich an dich noch richten. Ich würde dich an eine Aussage von dir im Verkehrsausschuss vom 11.3.2014 erinnern, wo du versichert hast, dass der Verkehr künftig so gelenkt werden soll, dass wir keinen Verlust an Lebensqualität haben werden. Und wenn also dann

der Verkehr, so wie es jetzt momentan geplant ist, so kommt, dann erleiden die Anrainer bitte einen Verlust an Lebensqualität. Die Anrainer sind nicht gegen die Verbauung aber nur gegen die Art, wie derzeit der Plan aussieht, wie der Verkehr gelegt wird. Danke.

Bürgermeister Laab: Das sind aber reine Annahmen, die mit keinen Zahlen in irgendeiner Form, wie viele Autos sich dort bewegen werden oder dergleichen, belegt sind. Das wird jetzt einmal in den Raum gestellt und ist eine Tatsache, auch ohne, dass man hier definitive Angaben hat.

Gemeinderat Bartosch: Ja, da ist die Frage im Raum gestanden, über die Verkehrsfrequenzen. Ich kann es Ihnen sagen. Auf Seite 19 des Verkehrskonzepts steht, dass in der Schaumannsgasse 3100 KFZ pro Tag fahren und im Bereich Belvederegasse 4.700. Noch einmal zurückzukommen auf ...

Bürgermeister Laab: Und in der Straußpromenade?

Gemeinderat Bartosch: Na gut, das die kann man jetzt vielleicht noch nicht rechnen, aber das finde ich auch heraus.

Bürgermeister Laab: Aber die führen Sie an, dass es dadurch zu einem zusätzlichen Verkehr kommt. Aber das wäre schon interessant gewesen, wenn man sich damit beschäftigt hätte, was jetzt sich für Autos in der Straußpromenade bewegen im Vergleich zur Schaumannsgasse und zur Belvederegasse zum Beispiel.

Gemeinderat Bartosch: Die Grünergasse 2.100. In dem Bereich, wo es Richtung Bad hinüber geht – Pestalozziggasse.

Bürgermeister Laab: Das ist die Haydngasse. Da ist aber ein anderer Straßenzug gemeint, der Richtung Bad führt.

Gemeinderat Bartosch: Nein, von der Straußpromenade herunter.

Gemeinderat Hetzendorfer: 2.800.

Bürgermeister Laab: Ja, das stimmt nicht, aber bitte.

Gemeinderat Dummer. Ganz überraschend sollte das Thema ja nicht sein, weil wir es ja im Ausschuss schon lange und breit diskutiert haben und da war eigentlich immer der Knackpunkt der Verkehr, nicht nur der KFZ-Verkehr, sondern auch die Freizeitwege, immer ein Thema, was tun wir mit den Radfahrern, was tun wir mit den Fußgängern, wie können wir die dort kanalisieren. Wie schaut es aus, findet man einen Ausweg Richtung Bad hinüber und all diese Dinge. Also es ist ja jetzt kein neues Thema, sondern es ist eines, das wir lang und breit in den Ausschüssen diskutiert haben, wo Lösungen versprochen wurden, nur das letzte Konzept, das ich gesehen habe, es gibt sicher mehrere, da ist das, was wir besprochen haben, nicht realisiert. Es gibt keinen Weg hinunter zum Grumethof, Radweg da hinaus, und der Ausgang Richtung Baseballplatz/Tennishalle, auf dem letzten Plan, den ich gesehen habe, war das auch nicht wirklich drinnen. Also das heißt, das ist offensichtlich der springende Punkt bei dem Thema, ist der Verkehr, nicht nur der Autoverkehr, sondern auch die Leute, die die Fläche

jetzt schon für Freizeitgestaltung nützen für das Spazierengehen und gewisse Dinge. Und das sollte da alles beinhaltet sein und das sollte eigentlich auch Thema des Verkehrskonzepts sein, wenn man dort ein Siedlungserweiterungsgebiet vorsieht, so wie das im Konzept enthalten ist.

Fachbeamter Stadler: Der Weg ist sehr wohl berücksichtigt hinter dem Baseballplatz.

Gemeinderat Dummer: Und hinunter zum Grumethof?

Fachbeamter Stadler: Das natürlich nicht, weil wir ja nicht über Privatgrund gehen können, da müsste ja der Grundeigentümer zustimmen.

Gemeinderat Dummer: Aber da war die Rede, dass wir eine zusätzliche Fläche umwidmen und dafür vielleicht einen Weg abgetreten bekommen – ist das ...

Bürgermeister Laab: In der ursprünglichen Variante wäre das Gebiet anders aufgeteilt worden. Das ist nicht die Variante, die jetzt vorliegt.

Gemeinderat Dummer: nein, bei der zweiten Variante.

Bürgermeister Laab: Da war die Fläche auch noch etwas größer.

Gemeinderat Dummer: Gut, diskutieren wir das im Ausschuss.

Gemeinderat Pfeiler: Anschließend an die Worte von Margit möchte ich auch Revue passieren lassen, wie in den letzten großen Siedlungserweiterungen die Verkehrsfragen, wie ernsthaft die aufgegriffen wurden. Zahlreiche neue Erschließungen bei Stadtentwicklungsprojekten in der Vergangenheit sind davon gekennzeichnet, dass die Verkehrsbedürfnisse mangelhaft berücksichtigt wurden. Denken wir z. B. an das Gebiet der Wiesenersiedlung. Das Gebiet ist jetzt, glaube ich, seit mehr als fünf Jahren besiedelt. Es gibt dort keinen einzigen Meter Gehsteig. Analog ist es im Kasernenareal, auch dort, wenn sie aus dem Auto aussteigen, steht man auf dem Grädermaterial, bei dieser Jahreszeit eben auch im Gatsch, also auch hier keine Gehsteige. Bereits bei der Aufschließung der ersten Wiesenersiedlung, dies ist vor Ihrer Zeit, war vor mittlerweile mehr als zwanzig Jahren klar, dass esz.B. in der Wiesenerstraße einen Radweg geben soll. Dieser Radweg in der Wiesenerstraße findet sich seither in allen Verkehrskonzepten. Realisiert wurde der allerdings auch noch nie. Es sind alles Projekte, die Beispielliste ließe sich fortsetzen. Jetzt komme ich zur Straußpromennade. Auch die bisherigen Planungsaktivitäten im Bereich Straußpromenade bei der anstehenden Umwidmung weisen in die gleiche Richtung. Bei der Heidstraße und Brunnerstraße wurde auf dem Radweg vergessen. Ähnlich ist auch die Lage für das geplante Siedlungsgebiet der Johann Straußpromenade und Dostalstraße. Hier gibt es lediglich einen Entwurf für die Umwidmung und die Bebauungsplanung. In den Ausschüssen nur auf äußerst beharrlichen Druck ist es gelungen, die inneren Fuß- und Radwegverbindungen zu ergänzen. Es fehlen bis dato, zumindest mir nicht bekannt, die konkrete Abschätzung der Verkehrsmengen und die weiterführende Detailplanung für die generelle Anbindung dieses Gebietes, sowohl für zu Fußgehende und Radfahrende, Autoverkehr, Öffentlicher Verkehr. Dies würde alles notwendig sein, zu betrachten. Ich habe auch in der letzten Gemeinderatssitzung, Sie haben darauf hingewiesen Herr Bürgermeister, im Zuge des Baulandsicherungsvertrages habe ich darauf hingewiesen, wir sollten bei diesem Gebiet endlich einmal innovativ sein, was die Bebauungsformen und die Ver-

kehrsanbindungen betrifft. Auch bei der Umwidmung bei der Ernstbrunnerstraße /Heidstraße müssen wir angesichts der vielen offenen Fragen im Zusammenhang mit der Johann Straußpromenade jetzt einmal aus meiner Sicht auf die Stop-Taste drücken, denn je nachdem wie sich die weiteren Projektentwicklungen und Anbindungsmöglichkeiten des Gebietes Johann Straußpromenade entwickeln, könnte das auch dort im Bereich Heidstraße/Ernstbrunnerstraße uns noch einmal beschäftigen. Also auch hier sollten wir auf die Stop-Taste drücken. Wichtig erscheint mir auch der Punkt betreffend der Planungsqualität. Der Karl hat es eh schon kurz gesagt. Nach Durchsicht der Unterlagen im Bauamt, auch ich setzte mich nicht hier in eine Sitzung ohne Unterlagen anzuschauen, ich war am 2. Jänner 2017 im Bauamt, wir sind uns eh kurz begegnet. Am 2. Jänner habe ich mir die Unterlagen durchgesehen. Mir ist auch aufgefallen, dass die derzeit in Auslagen befindlichen Unterlagen inhaltlich widersprüchlich sind. Der Bericht des Raumplaners schreibt, dass in bestimmten Teilbereichen Bauklasse III bis IV herrscht, das ist der gleiche Bericht, indem dann auch die planlichen Darstellungen drinnen sind, wo maximal Bauklasse III drinnen steht. Das gleiche Phänomen, das bezieht sich auf das Gebiet Johann Straußpromenade, ganz exakt gleiches Phänomen für die Bebauung Heidstraße/Ernstbrunnerstraße, weist aus Bauklasse II bis III und in der Plandarstellung ist maximal Bauklasse II eingetragen. Wir stoßen immer wieder auf Mängel in der Planungsqualität und sind dann verwundert, wenn sich die Dinge anders entwickeln als wir es eigentlich in den Gremien oder im Bericht gesehen haben. Ich würde hier wirklich appellieren, die Konsistenz der Planungsgrundlagen wirklich zu erhöhen, weil es ja nicht ein Katalog ist, wo jetzt jeder Bürger einfach nachsieht oder wir darin herumblättern, wenn wir zufällig am Bauamt vorbeikommen. Bitte die Auslage ist ja ein rechtsverbindlicher Akt im Zuge des Genehmigungsverfahrens. Diese Unterlagen, glaube ich, an diese sollte man schon gewissen Anforderungen stellen und einfordern, wenn wir in den verschiedenen Projektphasen einer Umwidmung eintreten, dass die jeweiligen Unterlagen korrekt und sauber und widerspruchsfrei sind. Ich glaube, es ist nicht zu viel verlangt, dies einzufordern und darauf hinzuweisen. Aus meiner Sicht sind diese Unterlagen, so wie sie derzeit ausgelegt sind, auch gar nicht beschlussfähig - formal, weil sie einfach widersprüchlich sind. Dann ist mir noch ein Punkt sehr wichtig. Sie sagen immer, das Land hat das letzte Wort. Ich finde Sie streuen den Bürgers Sand in die Augen. Wenn die jetzt ausgelegte Änderung des Bebauungsplan- und Raumordnungskonzeptes nach Ende der Auflagenfrist in die nächsten Gemeinderat kommt oder kommen würde und dort beschlossen wird, dann ist es fix und das pickt. Das Land hat hier nicht ein großes Einspruchsrecht. Das Land hat hier die aufsichtsbehördliche Genehmigung vorzunehmen, das ist richtig, das weiß ich. Aber die aufsichtsbehördliche Genehmigung bezieht sich ausschließlich darauf, ob die Beschlussfassungen korrekt sind, ob diese Umwidmung wesentlich im Widerspruch zu Festlegungen des Landes NÖ im Landesentwicklungskonzept usw. steht. Also zu sagen, dass sich das Land im Detail anschaut, ob so oder so die Bauklasse ist, ist bitte wirklich eine Fehlinformation. Wir haben in der letzten Zeit einige Umwidmungen beschlossen, die aus meiner Sicht grob widersprüchlich zu verschiedenen Festlegungen sind und da darf man nicht glauben, dass hier das Land mit Blaulicht vorfährt und diese Umwidmungen verhindert. Solche Darstellungen, wie Sie hier führen, halte ich wirklich für irreführend und für weichspülerisch, als ob das, was jetzt am Bauamt liegt, eine erste Konzeptidee wäre. Wenn wir das im Gemeinderat so beschließen, ist es fix und fertig.

Darum stelle ich auch den Antrag:

Angesichts der zahlreichen diesbezüglichen Fehlentwicklungen in der Vergangenheit muss künftig der Koordination von Stadtentwicklungs- und Verkehrsmaßnahmen in Stockerau ein deutlich größeres Augenmerk zugewendet werden.

Bürgermeister Laab: Entschuldigung, aber irgendwie wollen wir die Gemeinderatssitzung formell richtig abhandeln. Jetzt wird ein Antrag eingestellt, ein Antrag gestellt, ein Antrag gestellt. Bis jetzt haben wir immer nur Wortmeldungen, wieviel Anträgen noch vorbereitet sind von den Herrschaften, weiß ich nicht. Wir haben hier einen Tagesordnungspunkt und inzwischen schon drei Anträge. In der Regel ist ein Tagesordnungspunkt mit einem Antrag versehen. Zusatzanträge sind natürlich hier zulässig, ist ganz klar, aber man sollte irgendwie die Übersicht bewahren über die Fülle von Anträgen. Vielleicht ist es Taktik, kann schon sein, aber man sollte dies sorgfältig durchführen und über einen Antrag abstimmen, bevor der nächste Antrag kommt. Der Tagesordnungspunkt sollte auch dann irgendwann damit erledigt sein. Es ist ein Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung. Mittlerweile, wenn Sie die Absicht haben, daraus 15 zu machen, dann soll es so sein. Ich weiß schon, warum das so gewählt wurde, dass man hier auch geschaut hat, dass genügend Zuseher da sind, damit man Eindruck erwecken kann. Man hätte diese Dinge auch in den Ausschüssen besprechen können oder bei dementsprechenden direkten Gesprächen. Man zeigt sich verwundert und erbost, ist ja ganz klar, genauso ist es gemeint und wenn man erwischt wird dabei, dann will man das abschwächen. Aber irgendwann wird uns das der Bürger nicht mehr glauben, weil wir sitzen eigentlich da, damit wir uns darum kümmern, dass das gemeinsam erledigt wird. Wir hatten das über vierzig, fünfzig Jahre, immer wieder die unterschiedlichen Diskussionen. Aber wir hatten ein gemeinsames Ziel, nämlich die Stadt Stockerau, um hier etwas weiterzubringen und nicht hier Wahlkampf im Gemeinderat zu führen. Es ist etwas, was neu ist, mit dem man erst lernen muss, damit umzugehen. Wir sollten zurückkommen auf das, wofür wir gewählt wurden, nämlich das Arbeiten. Dies kann auch in einem Ausschuss erfolgen und da ist man nicht nur da, damit man etwas bewertet, was an Antrag vorlegt, sondern dass man gemeinsam diese Dinge umsetzt. Man sagt, man wird bei allen abgewürgt. Das ist bei weitem nicht der Fall. Es gibt durchaus Beispiele und es ist möglich. Wir haben das auch in der Vergangenheit und wollen dies auch in der Zukunft so gestalten, damit man hier auch etwas weiterbringt. Ich würde jetzt dem Herrn Gemeinderat Pfeiler einmal ersuchen, seinen Antrag vorzubringen und dann auch eine Abstimmung durchzuführen. Sonst wird das ganze Gremium eigentlich hier ein bisschen eigenartig dargestellt. Herr Gemeinderat Pfeiler ist weiter am Wort.

Gemeinderat Pfeiler: Immer wieder kommt es zu Umwidmungen und öffentlichen und privaten Baumaßnahmen, die sinnvollen Verkehrslösungen entgegenstehen bzw. deren Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen nicht berücksichtigt wurden. Für das Siedlungsgebiet Johann Straußpromenade/Nico Dostalstraße und den Kreuzungsbereich Ernstbrunnerstraße/Nikolaus Heidstraße zeichnet sich leider eine ähnliche Situation ab.

Wir stellen daher den Antrag:

Vor jeder Umwidmung bei der von einer größeren Auswirkung auf das Verkehrsaufkommen auszugehen ist (z. B. großflächige Wohnbebauung, Zentrumszonen mit der Möglichkeit der Errichtung von großflächigen Geschäftsbauten, Umwidmung auf Wohngebiete mit verdichteter Bebauung oder Geschoßumbau) sollen daher künftig die damit einhergehenden Auswirkungen auf den Verkehr und zwar sowohl auf den öffentlichen, wie des Individualverkehrs,

den Fußgänger-, Rad- und sonstigen Fahrzeugverkehrs quantitativ und qualitativ aufgezeigt werden. Auf dieser Basis soll bei jeder derartigen Umwidmung ein verkehrliches Gutachten und darauf aufbauend ein damit verbundenes Verkehrs- und Erschließungskonzept für die genannten Verkehrsarten erarbeitet und mitbeschlossen werden. Dies gilt auch für die anstehenden Entwicklungsgebiete Johann-Straußpromenade/Nico Dostalstraße sowie Heidstraße/Ernstbrunnerstraße, bevor eine Umwidmung beschlossen wird. Dafür ersuche ich um Zustimmung, wenn es zur Abstimmung kommt.

Zur Information betreffend Sitzungsverlauf möchte ich sagen, dass ich keinen weiteren Antrag habe, außer dem Dringlichkeitsantrag dem die Dringlichkeit zuerteilt wurde. Dankeschön.

Gemeinderat Falb: Ganz kurz nur, was die Geschäftsordnung betrifft. Es ist so, dass die Debatte ist zu führen über einen Tagesordnungspunkt, die wird dann geschlossen, und im Anschluss daran sind Anträge abzustimmen. So verstehe ich die NÖ Gemeindeordnung, dass wir zwei, drei, vier Anträge manchmal zu einem Tagesordnungspunkt haben. Gegenanträge, Änderungsanträge, Ergänzungsanträge ist eigentlich ein relativ normaler Vorgang. Herr Bürgermeister es tut mir leid, dann sitze ich in einem falschen Gemeinderat.

Für meine Fraktion gesagt, weise ich zwei Dinge zurück. Das Erste ist, die Anträge sind seriös, wir sind keine Kasperln. Das sind seriöse Anträge. Ich weise auch die Unterstellung zurück, dass wir nicht das Beste für Stockerau wollen. Es kommen einem manchmal die Tränen, wenn man durch die Stadt geht. Vielleicht ist es Ihnen noch nicht aufgefallen, Herr Bürgermeister. Es tut mir wirklich leid, wenn ich so rede. Im Übrigen stellt zur administrativen Erleichterung meine Fraktion jedes Mal die Anträge schriftlich bzw. auch elektronisch zur Protokollführung zur Verfügung. Also auch der administrative Mehraufwand ist Null. Wir stellen auch keinen weiteren Antrag mehr.

Bürgermeister Laab: Gut dann beginnen wir mit Ihrem Antrag mit der Abstimmung. Ich möchte vorweg sagen, alles, das was hier an Fülle mit Anträgen hier vorgebracht wurde, meines Verständnis nach beschäftigen wir deswegen einen Raumplaner, der vieles davon, was Sie verlangen, abdecken kann und der ja auch damit betraut ist. Jetzt noch zusätzliche Gutachten und sonstige Dinge einzufordern. Es wird entschieden werden, wie weitreichend und wie, was die Tragweite des Ganzen betrifft, wäre es sinnvoll den Termin 30.01.2017 zu nutzen und hier diese Anträge im Detail zu diskutieren. Aber bitte das ist meine Meinung, wie auch jeder hier seine Meinung kundtun darf.

Abstimmung über Antrag von Gemeinderat Pfeiler:

Beschluss:

mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
	NEOS	0

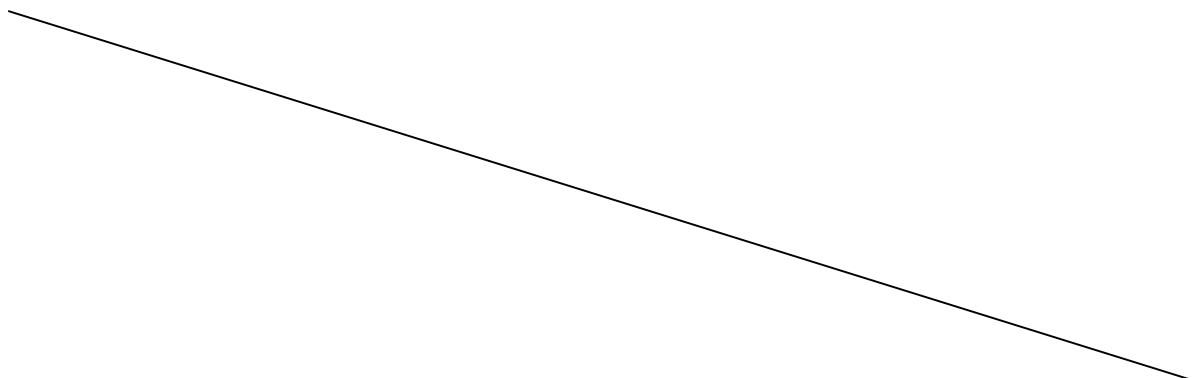
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Abstimmung über Antrag von Stadtrat Kronberger:

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0
Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1



Abstimmung über Antrag von Gemeinderat Falb:

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN – Nachhaltige Planungsmaßnahmen, unter Einbindung der Beteiligten, für den Umbau der Volksschulen in Stockerau

Bürgermeister Laab: Zum Dringlichkeitsantrag von Frau Gemeinderätin Radha Kamath-Petters möchte ich festhalten, dass alles das, was hier gefordert wird, in Umsetzung ist. Ich weiß nicht, woher Sie Ihre Informationen herhaben, dass Sie das bezweifeln. Natürlich können wir und wollen wir nur Erweiterungen angehen, wenn wir hier dementsprechende Termine mit den zuständigen Behörden im Land NÖ haben, wo natürlich auch alle Schuldirektoren eingebunden werden. Es hat hier zwei derartige Zusammenkünfte in den letzten Jahren gegeben. Bei der letzten, die immer in einem Bescheid endet, haben wir Bescheid bekommen, dass wir zusätzliche Erweiterungen in den Schulen planen dürfen oder nicht. Wir können hier jetzt von derzeit 27 Klassen auf 32 Klassen erweitern. Hier wurde eine Begehung durchgeführt, hier wurden natürlich auch die pädagogischen Aspekte beleuchtet. Hier sind eingebunden in allen Phasen die beiden Schuldirektoren als Pädagogen, die hier natürlich ihre Argumente einbringen. Hier wurde auch darüber diskutiert, dass diese Um- und Neubauten, die hier notwendig sind, auch die ganztägigen Schulformen betreffen, also all das, was Sie hier abstimmen wollen, ist bereits im Laufen. Es ist für mich eine Abstimmung in diese Richtung eigentlich nur etwas, was bereits in Umsetzung ist und es wird dann abgestimmt, wenn hier Pläne und dergleichen am Tisch liegen. Es gibt einen Architektenwettbewerb, der vom Eigentümer in Auftrag gegeben wurde. Das ist ebenfalls im Laufen. Dieser wird natürlich unter diesen ganzen pädagogischen Aspekten durchgeführt und es ist auch sorgfältig ausge-

wählt worden die dementsprechenden Architektinnen und Architekten, die von unseren Mitarbeitern eingeladen wurden. Die sich natürlich immer wieder mit diesem Thema befassen und auch derartige Projekte immer wieder begleiten. Hier mangelt es offensichtlich ein bisschen an der Information, dass man hier einen Dringlichkeitsantrag bringt, der eigentlich schon in Umsetzung ist. Da ist die Dringlichkeit aus dem Grund zuerkannt worden, um offensichtlich festzuhalten, damit nicht falsche Eindrücke entstehen, dass man hier Dinge nicht so durchführt, wie sie eigentlich notwendig sind.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Die Dringlichkeit war für mich gegeben, weil solche Dinge hätte man auch im Sozialausschuss besprechen können, dass wir andere Fraktionen und vielleicht die eigene Fraktion auch weiß, was Sache ist. Das Zweite ist, es ist sehr löblich, dass Sie das schon angegangen sind. Ich habe das hier drinnen erwähnt, aber meiner Meinung nach ist es ganz wichtig im Jahr 2017 für Kind und zeitgemäße Ausstattung, dass man da wirklich die Schulen vordergründlich ins Boot holt. Früher war es so, dass man als Schulerhalter gesagt hat, dass wir als Gemeinde Stockerau sind, wir bauen auch das hin, Direktorinnen und Eltern haben sich gefreut und das hat gepasst. Jetzt ist es aber so, dass für die Zukunft viel Umstrukturierung angedacht ist. Es gibt bis ins Jahr 2025, ist vorgesehen, dass man andere Schultypen anbietet. Es ist gesetzlich vorgeschrieben, ob das eine verschränkte oder getrennte Schule in Vorschulbereich, es werden dann auch Eltern und Lehrerinnen bestimmt, das steht so im Gesetz, und aus diesem Grund ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass man jetzt als Stadterhalter bzw. als Bürgermeister, ich weiß es nicht, weil wir haben es noch nicht besprochen auch in keinem Sozialausschuss, dass man Architekten/Architektinnen jetzt dazu befragt aber nicht Lehrer/Lehrerinnen, Elternverein befragt, wo geht ihr in den nächsten fünf Jahren hin mit eurem pädagogischen Konzept mit eurem Lehrplan, damit das die Basis und der Ausgangspunkt ist für Architektinnen und Architekten. Es ist auch im NÖ Pflichtschulgesetz so vorgeschrieben, dass man eine Bedarfserhebung hat, die die letzten fünf Jahre an Einschreibungen berücksichtigt. Vielleicht Frau Dr. Rieder, dass Sie das bestätigen. Ich kann es auch gerne vorlesen, ob uns die nächsten fünf Jahre in der Planung berücksichtigt werden. Meines Erachtens und unser grüner Standpunkt ist, und ich glaube, das ist auch erwünscht von den Volksschulen, dass man die wirklich in den Sitzungen dabei hat und nicht dann erst informiert. Hallo, ihr bekommt einen Begegnungsraum, ihr bekommt kleine Besprechungszimmer. Das ist sehr löblich, aber ich möchte nur aufzeigen, dass es wichtig ist, dass man das Pferd ein wenig anders sattelt.

Bürgermeister Laab: Die Schulleitungen und über die Schulleitung sind die Pädagogen und Pädagoginnen eingebunden, das passiert sowieso. Das ist hier eine Behauptung, die in keins-ter Form auf Stockerau zutrifft. Es sind bei diesen diversen Planungen, natürlich, der Impuls geht von der Schulleitung aus, da die Verpflichtungen haben, dies sind ja alles Landesangestellte, die ihre Pläne, die sie vorlegen, haben, dass dies auch natürlich mit dem Schulerhalter abgestimmt ist. Dies geht nur über die Schulleitungen, dass diese nicht eingebunden werden, ist nicht richtig.

Gemeinderat Pfeiler: Herr Bürgermeister, Sie haben es schon gesagt, da handelt es sich um Informationen, die offenbar der Kollegin Kamath-Petters fehlen. Sie haben uns allen gefehlt. Es gab im Vorfeld überhaupt keine Sozialausschüsse, in denen wir über diesen Schulzubau sprechen konnten. Entweder finden die Ausschüsse nicht statt oder die Themen, die eigentlich unter den Nägeln brennen, werden dort nicht besprochen. Ich kann dies auch bestätigen, mir ist es ähnlich ergangen wie der Kollegin. Ich war bei den Schulleitungen und hatte in meiner

Funktion als Umweltgemeinderat sozusagen Abfallwirtschaftsthemen zu besprechen. Bei dieser Gelegenheit habe ich vom Schulumbau erfahren, wir sind da schon ganz weit, Ausschreibungen und so. Ich habe dies von den Schuldirektorinnen erfahren und dann von Ihnen in der letzten Gemeinderatssitzung, in der Budgetsitzung, aber nicht, dass budgetäre Vorsorge für den Schulumbau getroffen wäre, sondern vielmehr im Zuge des Diskussionsverlaufes haben Sie dann unter dem Beschlussantrag Budget die Planungen für den Schulstandort Stockerau vorgestellt. So lauten die Informationen. Man muss sich das mühsam zusammensuchen. Aber dass dies in den Foren besprochen wird, wie sich der Schulstandort weiterentwickeln soll in Stockerau, findet im Sozialausschuss in der Form nicht statt. Man stolpert im Vorfeld zufällig oder unzufällig über die Informationen. Ich glaube schon, dass wir mit den bundesgesetzlichen Änderungen in einer Phase stehen, wo man nicht einfach sagen kann, ok so und so viele Schüler im Jahr X, Y, wir brauchen drei Klassen dazu und fertig. So ist die Situation heute nicht mehr. Es gibt eben, wie die Kollegin hingewiesen hat, Pläne, hier andere, neue Schulformen zu etablieren, schrittweise der Fläche auszurollen. Ich glaube, da gibt es schon massiven Gesprächsbedarf im Sozialausschuss, wo wollen wir als Stadtgemeinde als Schulerhalter uns in diesem Konzept, das bundesweit vorgegeben wird, einfinden. Wo wollen wir uns einordnen. Wir sind eine Stadt mit 17.000 Einwohnern mit vielen Aus- und EinpendlerInnen. D.h. es steht auch die Frage im Raum, inwiefern braucht, in welchen Ausmaß braucht es Volksschulen mit getrennter oder integrierter tageszeitlicher Abfolge. Hier gibt es schon wesentliche Fragen, die vorab geklärt werden sollten. Da sollen sich die PädagogInnen, Direktorinnen einbringen und wir sollten, glaube ich, uns auch im Sozialausschuss als Gemeinderäte einbringen, damit wir das dann mittragen können. Ich habe ein bisschen die Befürchtung, die einzige Befassung im Gemeinderat zum Thema Schulstandort wird dann wahrscheinlich die sein, dass wir für die KIG gewisse Gesellschafterzuschüsse zu leisten haben und das war es dann. Auf das möchte ich bitte schon frühzeitig hinweisen, dass das nicht die einzige Befassung des Gemeinderates zum Ausbau des Schulstandortes Stockerau sein kann, dass wir einen Kredit aufnehmen oder einen Zuschuss an die KIG leisten. Danke.

Bürgermeister Laab: Wird es nicht sein, war es auch in der Vergangenheit bei den Kindergartenbauten auch nicht. Wir werden es auch in Zukunft so gestalten, dass alle Informationen diskutiert werden und die Belange diskutiert werden.

Stadträtin Völkl: Ich kann mich voll inhaltlich an meine Vorredner anschließen und es führt mich dann auch wieder zu dem Thema, dass wichtige Themen in den Ausschüssen vorberaten werden sollen und dann erst zur Beschlussfassung in den Gemeinderat zu gehen. Wir haben im Herbst einen Sozialausschuss gehabt, da ist schon festgestanden - Kindergärten, dass diese bis auf den letzten Platz voll ausgelastet sind. Da bekomme ich die Antwort, wenn ich frage, wie da die Planung weiter aussieht, wir haben Entwicklungsgebiete, neuer Wohnraum wird geschaffen, wir sind eine wachsende Stadt, wir haben hier einen Bedarf an Kinderbetreuungs-gartenplätze, das sind die Kleinsten, die sich wirklich gute Lösungen verdienen. Es gibt zwar distanzierte Gruppen für die Zweieinhalbjährigen, weil die auch nicht an bestehende Häuser angebunden werden können. Da bekommt man zur Antwort: Wenn das bei der Kindergarten-einschreibung für das nächste Jahr ist, ist jetzt im Jänner, im September werden wir dann eine Lösung haben. Wir werden neue Kindergartenplätze brauchen, wir werden wahrscheinlich einen Neubau brauchen, weil bei den bestehenden Häusern nicht zum Ausbauen ist. Im Sozialausschuss ist es angesprochen worden, dann auch mit den Schulen detto. Da hat man jetzt schon im September mit zwei neuen Klassen starten müssen, wo wir die Einrichtung beschlossen haben, wo auch schon feststeht, dass bei den Schulen ein Bedarf besteht. Und auch

da ist es so, es ist noch Zeit, ist ja noch Schuleinschreibung und bis September werden wir eine Lösung haben. Hinten herum hört man dann in der Stadt, da gibt es einen Architektenwettbewerb, und da bin ich wirklich beim Kollegen Pfeiler, wir befassen uns dann nur mit der Finanzierung. Aber im Vorfeld, wie soll dieses Schulgebäude aussehen, wie soll die Zukunft für unsere Kinder in der Bildung sein, mit dem befassen wir uns in einem Fachausschuss nicht. Ich finde es dann immer unfair, auch die Umgangsweise hier in dem Gemeinderat, das muss ich Ihnen auch sagen, dass man eigentlich immer abgewiegelt wird und dass man alles nur aus medialen Gründen macht und nicht aus Sorge und im Interesse dieser Stadt. Dies ist für mich immer wieder aufs Neue erstaunlich. Das muss ich ehrlich sagen. Danke.

Gemeinderat Dummer: Was jetzt ansteht bei den Schulen, ist ja praktisch das Nachziehen der Versäumnisse der letzten Jahre.

Bürgermeister Laab: Das stimmt nicht.

Gemeinderat Dummer: Wir haben einen Engpass.

Bürgermeister Laab: Ich habe bei der letzten Sitzung definitiv gesagt, dass ein Ausbau, eine Erweiterung noch nicht notwendig ist. Wir müssen ja die Zahlen vorlegen. Sie dürfen nicht Dinge hier behaupten, die Sie sich zusammenreimen, die stimmen nicht. Wir sind verpflichtet und wir sind Schulerhalter, aber um Erweiterungen, positive Bescheide zu bekommen, müssen wir das beantragen. Das kann Ihnen das Bauamt bestätigen, es ist das zweite Mal vorgelegt worden und jetzt ist dieser positive Bescheid in diese Richtung gekommen. Es ist auch, weil es ein Gebäude der KIG ist, dort besprochen worden. Aber es stimmen einfach diese Dinge der Versäumnis nicht. Man macht immer so Beschuldigungen. Sie waren damals noch nicht dabei. Kann Ihnen niemand vorwerfen. Sie bringen immer wieder Dinge hervor, die Sie als einzig und richtig sehen, die aber einfach nicht stimmen.

Gemeinderat Dummer: Ich habe dies aus den Sitzungen entnommen, dass hier Notwendigkeit besteht, dies nachzuziehen, weil man einfach nicht genug Klassen hat und weil es einfach eng ist und man gewisse Räume umwidmen musste, damit man den Schulbetrieb überhaupt sicherstellen kann. Ich denke, jetzt ist es ein sehr wichtiger Hinweis, dass man das funktionell nicht nur auf die derzeitigen Gegebenheiten anpasst, sondern ein bisschen auch in die Zukunft schaut, dass man nicht in drei Jahren wieder dort steht. Wenn man das schon angreift und in die Hand nimmt, dass man es einerseits funktionell so gestaltet, dass das zukunftssträchtig ist, dass zukünftige Entwicklungen mitberücksichtigt werden und auch von der Kapazität her, ist eben die Frage, wie weit vorausschauend ist das Ganze jetzt angelegt, diese Planung, oder geht es nur darum, Lücken zu schließen. Weil wir besprechen da den ganzen Tag Siedlungserweiterungen und Zuzug, wir haben jedes Jahr 5 %. Da würde ich schon erwarten, dass bei dieser Schulerweiterung jetzt die Entwicklung zumindest für die nächsten 15 Jahre da mit-eingeplant werden, damit wir dieselbe Diskussion vielleicht in drei Jahren nicht wieder haben.

Gemeinderat Kamath-Petters: Herr Bürgermeister, ich wollte mich vorhin schon bedanken, dass Sie Sorge tragen für diese Sache. Ich will nicht kritisieren und ich weiß auch von verschiedenen Leiterinnen der Einrichtungen oder den Direktorinnen, die sind alle sehr dankbar, muss ich jetzt hier auch noch einmal sagen. Es gibt keine Kritik von deren Seite, wenn Sie jetzt mit einem Kommen mit einem Architekten, werden die Damen dankbar sein. Mir geht es darum, dass im Vorfeld eine Besprechung mit diesen Damen, mit diesen Direktorinnen sein

sollte. Das vordergründig einmal dieses pädagogische Konzept, jetzt kommt schon wieder dieses Wort Konzept in diesem Gemeinderat. Aber das ist was ganz Wichtiges in der Pädagogik, dass man sich das gemeinsam anschaut, wo geht das hin. Z.B. wissen wir, einige von uns oder die meisten, die Volksschule West hat mehrstufige Klassen. Sie führt zweistufige Klassen. Die Volksschule Wondrak hat wieder andere Systeme. Es bedarf anderer Gruppenräumlichkeiten. Es bedarf Rückzugsmöglichkeiten usw. Jetzt kann ich sagen, gut schön, gebt mir eine Liste, wo dies alles drinnen steht, ich schaue wegen Architektinnen und Architekten, oder ich kann hergehen und die Direktorinnen einbinden und sagen, suchen wir uns miteinander laut Ihres Konzeptes Architekten aus. Es gibt richtig gute Sachen schon im Netz, richtige Schularchitektinnen und -architekten, die darauf schauen. Ganz wichtig ist, hier zu betonen, hier im Gemeinderat, wo wir im Gremium sind, dass wir wirklich berücksichtigen, was in dem NÖ Gesetz drinnen steht, mit dieser Bedarfserhebung.

Das ist vorgesehen und das ist hier mein Hinweis darauf. Ich hätte das gerne in einem Sozialausschuss mit allen besprochen, aber jetzt ist es wirklich dringlich, dass man darauf schaut, wie ist der Zuzug, was ist geplant an Bauten, was glauben wir, was für Kinderanzahl mit welcher Altersstufe kommen, was wir glauben, was Bedarf ist. Ich wollte bei diesem Schulthema bleiben, aber weil die Andrea mit dem Kindergarten angefangen hat. Vielleicht könnten wir in die Richtung, wenn man das jetzt angeht ganz von vorn, dass man auf der Ebene der Mittelschule und des Kindergartens vielleicht auch so vorgeht. Wichtig ist mir die Informationsweitergabe. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir uns auseinandersetzen, was sind Informationen. Wir erwarten uns die Informationsweitergabe anders als Sie hier. Aber vielleicht sollten wir uns einmal zusammensetzen und schauen, was bedeutet Informationsweitergabe für Sie und was für uns. Dass wir da einmal auf einen gemeinsamen Nenner kommen. Weil ich glaube, wir meinen es alle gut da. Ich möchte nicht, ja wenn du mich Elfi informierst in einem Sozialausschuss, dass ich dann erst wieder sauer bin, weil ich mir denke, ich fühle mich nicht genügend ins Boot geholt informiert und du denkst dir „Jetzt sage ich ihnen etwas, und dann sind sie erst nicht zufrieden“. Also ich glaube, mit dieser Sache könnten wir starten, dass man alle gemeinsam uns austauschen und zusammenarbeiten und Informationen so weitergeben, dass es für alle passt.

Bürgermeister Laab: Noch einmal, das, was Sie hier fordern, ist alles im Laufen. Das muss natürlich in einem Ausschuss diskutiert, dementsprechend aufbereitet sein. Die Architekten sind dementsprechend ausgewählt worden, das hat man ja berücksichtigt. Die Leiterinnen sind eingebunden, die pädagogischen Konzepte sind dabei, die Räumlichkeiten, die Erhebungen. Wir können hier, um ein Missverständnis vorzubeugen, weil die Stadt Stockerau sich wünscht, wir bauen jetzt 27 Klassen, wir möchten jetzt auf 50 Klassen vorausplanen. Das wird beurteilt, das wird bewertet, denn das Land muss ja auch dementsprechend die Pädagogen und für die Konzepte die Mitarbeiter zur Verfügung stellen. Es ist alles in Vorbereitung, diese Abstimmung, die Sie hier einfordern, ist im Laufen. Dementsprechend, wenn es von den Fachbeamten, von den PädagogInnen aufgearbeitet ist, wird darüber berichtet. Das ist immer so gehandhabt worden. Das war bei den Kindergärten so.

Wir haben auch schon eine schulische Tagesbetreuung jetzt schon für alle, die sie brauchen, eingerichtet. Nicht erst im Jahre 2025, sondern jetzt kann schon jeder, der eine schulische Tagesbetreuung für die Volksschüler braucht, diese in Anspruch nehmen. Auch das ist eingerichtet worden. So wie da vorgegangen wird, dass sich rechtzeitig die politischen Gremien befassen, nicht nur zur Beschlussfassung über die Finanzen sondern zur Beschlussfassung über das Projekt. Wir haben, was notwendig war, immer in den Gremien und immer in den dementsprechenden Ausschüssen besprochen. Das wird auch in Zukunft so sein, das kann ich

Ihnen zusagen. Es sind eben diese Dinge hier im Laufen. Ich kann nicht im Nachhinein etwas beschließen, was schon in Umsetzung ist.

Gemeinderätin Kamath-Petters: Dann habe ich eine Anfrage, wann ist der nächste Sozialausschuss?

Stadträtin Eisler: Es war diese Woche die Kindergarteneinschreibung, wir werden das jetzt aufarbeiten und dann gibt es einen Ausschuss.

Bürgermeister Laab: Dann haben wir die Zahlen, was tatsächlich war, was geplant wird. Da geht es, wie Sie es richtig angesprochen haben, auch im Kindergarten Sektor um die Entwicklung. Wir haben Genehmigungen für diese beiden Provisorien, die sind mit einem begrenzten Zeitraum von zwei Jahren versehen. Dann müssen wir dementsprechend darauf schauen, das wird dann immer mit der Kindergarteninspektorin abgestimmt. Bei Kindergärten und Schulen ist es so, dass die Pädagogen Landesbeschäftigte sind und die zusätzlichen Mitarbeiter von der Gemeinde kommen. Hier ist es unumgänglich, dass man sich hier abspricht und dementsprechend abstimmt, wie man die Aufgaben löst. Ich kann Ihnen versichern, weil hier dann Einrichtungen und zukunftsorientierte Planungen und Einrichtungen gefordert wurden, wir haben, wenn das Bauamt und die Mitarbeiter des Bauamtes dann Abnahmen haben, wenn diese Einrichtungen überprüft werden, was ja auch stattfindet, immer nur zustimmende Worte gefunden, dass wir herzeigbare Lösungen anbieten, die durchaus beispielgebend für NÖ sind, das ist im Kindergartenbereich und auch im schulischen Bereich. Weil hier im Zusammenarbeit mit den Pädagoginnen mit dem Helfern und Unterstützern und vor allem mit dem Schulerhalter die Einrichtungen geschaffen wurden, die für die pädagogische Arbeit wichtig sind. Das ist im schulischen Bereich genauso passiert. Natürlich ist es schwierig, wenn der Platz, wenn es immer enger wird, aber wenn es hier zumutbar ist, dass man noch Auskommen soll, weil es die Ansicht ist, dann muss man dann rechtzeitig, deswegen war es in relativ kurzen Abständen, wo wir wieder diese Verhandlung einberufen haben, über das Bauamt und wieder mit den Schulleitungen, dass hier jetzt diese Zustimmung gekommen ist und die ist vorausschauend abgegeben worden von 27 auf 32. Das ist das, was die Behörde als Zeitraum aufgrund der Entwicklung der Stadt sieht. Wir haben lange mit 6 Klassen pro Schuljahr das Auslangen gefunden an diesen beiden Schulstandorten. Wir haben jetzt mit den Geburtenzahlen den Nachweis erbracht, dass hier diese Steigerungsraten anhalten bzw. das man davon ausgehen kann, dass sie weiter im Steigen begriffen sind und nicht stagnieren. Dadurch wurde der Bescheid so ausgegeben, dass wir diese Anzahl von 27 auf 32 bekommen haben. Dann wird natürlich bei der Planung berücksichtigt, dass all das, was hier an Nebenräumen oder an zusätzlichen Räumen notwendig ist, dass dies auch Platz findet, um einen modernen und zeitgemäßen pädagogischen Unterricht zu gewährleisten.

Gemeinderat Pfeiler: Herr Bürgermeister, es bleibt aber immer der Eindruck, wir machen alles fertig und wenn es fix fertig ist, dann bekommen wir es in den Ausschuss oder zur Gemeinderatssitzung. Ich glaube, dass das nicht die Frage ist, nicht die Vorgangsweise ist, die heutzutage zeitgemäß ist. Das Bedürfnis, das hinter dem Antrag steht, ist das, wenn regelmäßig ein Sozialausschuss tagt und gerade das Thema "Schulausbau" ansteht, dass man regelmäßig jeden Monat, jeden zweiten Monat im Sozialausschuss die Information bekommt wo stehen wir gerade. Wir gehen gerade das Mengengerüst ab, ok, das schaut gut aus. Wird voraussichtlich so und so ausschauen. Der nächste Schritt ist der und der. Wie ist der Gesprächsstand mit den Pädagogen, mit den Pädagoginnen. Das ist das Bedürfnis, das eigentlich hinter

diesen Antrag steht. Laufend in die Diskussionsentscheidungsprozesse eingebunden oder sagen wir so, angebunden zu sein. Formulieren wir es einmal vorsichtig, zumindest angebunden zu sein. Einfach laufend Informationen zu bekommen, um auch in den Ausschüssen einen Input zu geben, welche Gedanken da auch immer einfließen. Die Kollegin hat sich da auch wirklich hineingetigert und alle gesetzlichen Grundlagen bearbeitet und es ist auch einfach das Bedürfnis da, sich in diese Prozesse auch wirklich einzubringen. Es wird ja von Ihnen immer gefordert, man soll sich einbringen und das Bedürfnis ist nicht, dass man zum Schluss über ein fertiges Konzept abstimmen, dies soll das Produkt der Arbeit sein. Aber das Bedürfnis ist, sich regelmäßig einbringen zu können und das fehlt uns ganz einfach in vielen Themen. Es fehlt uns im Verkehrsbereich, es fehlt uns aber genauso bei sozialen Themen. Es wäre die Bitte, hier über kontinuierliche Ausschussarbeit inhaltlich auch am Stand zu bleiben.

Bürgermeister Laab: Die Möglichkeit, wie es in der Vergangenheit geboten wurde, wird auch zukünftig geboten werden. Nicht nur zu Entscheidungen über das Konzept sondern auch zur Entwicklung des Konzeptes.

Abstimmung über Antrag von Gemeinderätin Kamath-Petters

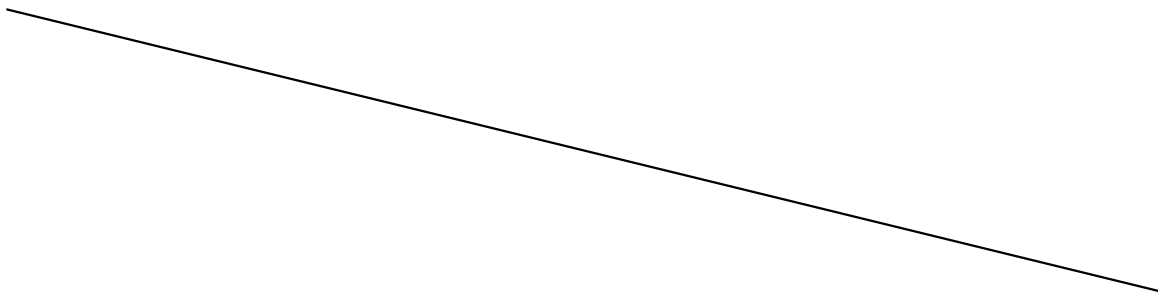
Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	0
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	12
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1



**Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN –
Bausperre gem. § 35 NÖ ROG für das Zentrumsgebiet von Stockerau**

Abstimmung über Antrag von Gemeinderat Pfeiler

Beschluss: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

Gegenstimmen:	SPÖ	16
	ÖVP	12
	FPÖ	4
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Stimmenthaltung:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	0
	NEOS	0

Prostimmen:	SPÖ	0
	ÖVP	0
	FPÖ	0
	GRÜNE	3
	NEOS	1

Bürgermeister Laab: Somit haben beide Dringlichkeitsanträge keine Zustimmungsmehrheit gefunden.

Keine Wortmeldung mehr.

Bürgermeister Laab schließt die öffentliche Sitzung.

Der Bürgermeister

Helmut Laab

Für die SPÖ-Fraktion

Für die ÖVP-Fraktion

Vizebgm. Susanne Hermanek

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

Für die GRÜNEN-Fraktion

StR Erwin Kube

GR Mag. Andreas Straka

Für die NEOS

GR Dr. Martin Fischer

Für das Protokoll

Schriftführerin

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Doris Eder